

(A) **Beginn: 10.02 Uhr**

Präsident Ulrich Schmidt: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie zu der heutigen 64. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße Sie alle herzlich willkommen. Insbesondere begrüße ich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 17 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Bevor wir in die Beratung der heutigen Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen noch einen Hinweis für unsere **Plenarsitzung am Freitag** geben: Die drei Fraktionen haben vereinbart, die Redezeiten bei Tagesordnungspunkt 2 - erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen - von Redeblock III auf Redeblock IV zu erhöhen, so daß sich die Gesamtberatungszeit um eine halbe Stunde verlängern wird. Eine Aktuelle Stunde findet an diesem Tage nicht statt, wie Sie der Ergänzung zur Tagesordnung entnehmen konnten.

(B)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein. Ich rufe auf:

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998
(Haushaltsgesetz 1998)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/2400

erste Lesung - Beratung

in Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1997 bis 2001

Unterrichtung
durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 12/2401

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1998 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1998 und zur Änderung anderer Vorschriften (C)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/2402
erste Lesung - Beratung

Meine Damen und Herren! Wir setzen heute die am 3. September 1997 unterbrochene erste Lesung der Haushaltsberatungen mit den Stellungnahmen der Fraktionen fort. - Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch darauf hinweisen, daß Herr Finanzminister Schleußer erkrankt ist und für die Plenartage von Herrn Innenminister Kniola vertreten wird.

Ich **eröffne** die **Beratung**, und zwar zum Beratungsblock

I. Haushalt

Ich erteile dem Abgeordneten Diegel für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön, Herr Diegel! (D)

Helmut Diegel (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich in unser aller Namen dem plötzlich erkrankten Finanzminister gute Besserung und auch eine schnelle Genesung wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich hoffe, daß der Finanzminister in der Lage ist, heute am Fernseher diese Debatte zu verfolgen; denn zu seiner Haushaltsplaneinbringung ist doch sicherlich einiges Interessante anzumerken. Der Finanzminister hat sich nämlich hier in der vergangenen Woche wortreich dafür entschuldigt, daß er dem Parlament einen derart geschönten Haushalt vorlegen mußte.

(Bodo Champignon [SPD]: Sie verwechseln das mit Waigel!)

Ich gebe ja zu, meine Damen und Herren, daß das Amt eines Finanzministers in den heutigen Zeiten nicht gerade Vergnügen bereitet;

(Lachen bei der SPD)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) aber die Lustlosigkeit, mit der sich der Finanzminister in der vergangenen Woche hier seiner Aufgabe entledigt hat, habe ich so noch nie erlebt.

(Beifall bei der CDU)

Eine Haushaltseinbringung ist eigentlich dazu da, den Haushalt zu erläutern.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ja!)

Die Aufgabe des Finanzministers ist es, uns allen das Zustandekommen des Haushalts zu erklären und die wesentlichen Inhalte zu vermitteln.

(Heinz Hunger [SPD]: Das ist doch bei Ihnen vergeblich! - Heiterkeit bei der SPD)

Was aber macht der Finanzminister? Er erläutert nicht, er erklärt nicht, er bemüht sich noch nicht einmal, den Haushalt darzulegen.

(Bodo Champignon [SPD]: Ach!)

Der Finanzminister verteidigt den Haushalt nur - und das, bevor er überhaupt angegriffen wurde. Das läßt tief blicken, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

- (B) Die Rede des Finanzministers kann man überhaupt in einem Satz zusammenfassen: Wir können uns zwar finanzpolitisch überhaupt nicht mehr bewegen, aber das tun wir zuverlässig und konsequent!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Oder, anders ausgedrückt: Die Lage ist äußerst bescheiden, aber ich als Finanzminister kann daran nichts mehr ändern.

(Bodo Champignon [SPD]: Hier ist doch nicht der Bundestag!)

Wenn dies wirklich die Meinung des Finanzministers ist, dann sollte er schleunigst Konsequenzen ziehen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn dies die Haltung der gesamten Landesregierung ist, dann sollten sich alle schnell nach neuen Jobs umsehen.

(Beifall bei der CDU)

Schulternzuckende Resignation in schwieriger Zeit ist genau das, was wir jetzt nicht gebrauchen können. Eine Landesregierung, die vor den drückenden Problemen des Landes so offensicht-

lich kapituliert, hat das Land nicht verdient, und sie ist völlig fehl am Platze.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen eine mutige Landesregierung mit einem Finanzminister, der den Menschen die Wahrheit sagt und Perspektiven entwickelt. Doch was tut statt dessen dieser Finanzminister? - Er schämt sich geradezu für das, was er uns hier vorgelegt hat. Indiz dafür ist doch, daß er in seiner Einbringungsrede kaum auf den eigentlichen Landeshaushalt eingegangen ist. Gerade das wäre aber bitter nötig. Dieser Haushalt ist nämlich mindestens genauso windschief wie der des vergangenen Jahres.

(Beifall bei der CDU)

Daher ist es nun Aufgabe der Opposition, diesen Haushalt hier näher zu erläutern.

(Lachen bei Minister Dr. Michael Vesper)

Fangen wir einmal beim Haushaltsvolumen an, Herr Vesper. Das Gebot der Stunde heißt Sparen und den Haushalt konsolidieren.

(Beifall bei der CDU)

In Nordrhein-Westfalen haben wir bereits einen 90 Milliarden DM-Haushalt. Bei uns steigen die Ausgaben nach dem Haushaltsplanentwurf von Herrn Finanzminister Schleußer aber unaufhörlich weiter. Im nächsten Jahr sollen die Ausgaben um 2 Milliarden DM steigen. Das sind sage und schreibe 2,3 % mehr. Das ist eine Steigerungsrate, die in den 80er Jahren normal gewesen wäre, aber doch nicht heute.

Alle anderen haben die Zeichen erkannt: Der Bund steigert sein Haushaltsvolumen um bescheidene 0,5 %, das Land Rheinland-Pfalz, Herr Ministerpräsident, kündigt eine Steigerung um nur 1,1 % an. Sachsen begnügt sich mit einem Null-Wachstum, und Berlin reduziert die Ausgaben gegenüber 1997 um 700 Millionen DM.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Die haben es auch nötig!)

Nur der Finanzminister in Nordrhein-Westfalen verhält sich so, als ob er im Keller einen Dukatenesel hätte.

(Beifall bei der CDU)

Ich betone noch einmal: Ausgabenreduzierung beziehungsweise Sparen ist das Gebot der Stun-

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) de. Doch unser Finanzminister hat hier nichts, aber auch gar nichts anzubieten.

Er hat in der letzten Woche hierzu nur resignierend festgestellt, mit dem Sparen ginge das ja nicht so einfach, weil über 90 % der Ausgaben bereits gesetzlich oder vertraglich festgelegt seien. Das mag ja sein, meine Damen und Herren,

(Reinhold Trinius [SPD]: Ist auch so!)

aber ist das eine Entschuldigung für ungebrochenes Konsumverhalten, Herr Trinius?

(Beifall bei der CDU)

Sparen erfordert nicht nur Worte und nicht nur den Willen und das Durchsetzungsvermögen, sondern insbesondere Vorbereitung. Hier hat Nordrhein-Westfalen mindestens fünf Jahre verschlafen. Ich nenne dafür nur einige wenige Beispiele:

Seit Jahren dümpelt das groß angekündigte Programm zur Einsparung von 22 000 Stellen vor sich hin. Das Ergebnis ist, daß die Landesverwaltung seit 1989 um 10 000 Stellen größer geworden ist. 10 000 Stellen bedeuten 800 Millionen DM mehr Ausgaben. Soll dies Stellenabbau sein? Fehlanzeige nenne ich das.

- (B) Die Verpflichtungsermächtigungen für die folgenden Jahre betrugen 1990 bereits 8 Milliarden DM. Bis 1997 sind diese noch um 50 % auf 12 Milliarden DM aufgebläht worden. Wen wundert es, daß der Haushalt heute zu mehr als 90 % gebunden ist?

(Beifall bei der CDU)

Jetzt - mindestens fünf Jahre zu spät - erkennt der Finanzminister, wie töricht es gewesen ist, derartige Verpflichtungen in den Haushalt einzustellen. Im Haushalt 1998 sollen endlich die Verpflichtungsermächtigungen wieder um 4 Milliarden DM reduziert werden. Das ist zu spät, sage ich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Noch ein Beispiel ist das Landesvermögen: Seit Jahren liegt das 50 Milliarden DM schwere Landesvermögen brach. Jetzt endlich, wo ihm das Wasser bis zum Halse steht, erkennt der Finanzminister - so wörtlich -: Landesvermögen muß nicht still und unberührt liegen. Warum so spät? Warum beginnt das jetzt erst?

(Beifall bei der CDU)

(C) Wenn das alles bereits vor fünf Jahren geschehen wäre, könnte der Finanzminister einen echten Sparhaushalt verkünden, so wie es dem Bund und fast allen seinen Länderkollegen möglich ist.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt aber, wo die Zeit vertan ist und fast alles konsumiert ist, erstickt der Finanzminister an seinen Problemen. Das ist tragisch, aber dann sollte er wenigstens so ehrlich sein und sich zu seinem eigenen Unvermögen bekennen und nicht immer den Bund oder andere dafür verantwortlich machen.

(Beifall bei der CDU)

Das gleiche gilt für die Steuereinnahmen des Landes. Der Finanzminister stellt sich hier hin und tut so, als ob er es bei besseren Steuereinnahmen erreicht hätte, die Neuverschuldung bis zum Jahr 2000 auf 1 Milliarde DM zu reduzieren.

(Reinhold Trinius [SPD]: Bleiben Sie doch bei '98!)

Ich sage Ihnen dazu: Er hätte noch so viele Steuern einnehmen können, mit dieser Art von Finanzpolitik hätte er dieses Ziel nie erreicht.

(Beifall bei der CDU)

(D) Seit 1979 haben sich die Steuereinnahmen nämlich verdoppelt; die Kreditmarktverschuldung hat sich dagegen im gleichen Zeitraum versiebenfacht. Das ist die Bilanz der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen.

1992 hatten wir Steuermehreinnahmen von 5,4 Milliarden DM. Das war ein sattes Plus von 9,6 %. Was hat die Landesregierung damals mit dem Geld gemacht? - Sie hat gerade einmal 2 Milliarden DM zur Verringerung der Neuverschuldung eingesetzt. 3,4 Milliarden DM hat sie zusätzlich in den Konsum gesteckt. Das ist doch genau der falsche Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

1995 hatten wir ein sattes Steuerplus von 5,1 %. Das waren 3,2 Milliarden DM mehr. Was ist damit passiert? Reduzierung der Neuverschuldung: null. Alles in den Konsum gesteckt und alles verfrühstückt. - Das ist Politik auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder.

(Beifall bei der CDU)

(Helmut Diegel [CDU])

(A) So etwas lehnt die CDU ab.

(Zuruf des Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

Was meinen Sie denn, was passiert wäre, wenn die Steuerquellen 1996 und 1997 stärker gesprudelt wären? Die Kabinettskollegen, so sage ich Ihnen, hätten dem Finanzminister die Mehreinnahmen nur so aus der Hand gerissen. Zu allem hätten die GRÜNEN ihren Anteil an der Beute gefordert, um den ökologisch-sozialistischen Umbau der Gesellschaft voranzutreiben.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Dr. Manfred Busch [GRÜNE])

Die Schuld an diesem Finanzdesaster in Nordrhein-Westfalen tragen somit weder die Bundesregierung noch die bösen Besserverdienenden, die nicht genug Steuern zahlen.

(Reinhold Trinius [SPD]: Das sieht der Bundesfinanzminister genau anders!)

Schuld ist diese Landesregierung selbst, weil sie die bisher nötige Kraft und den ehrlichen Willen zu echten Sparanstrengungen völlig vermissen läßt.

(Beifall bei der CDU)

(B) Meine Damen und Herren, das sagen nicht nur wir als Opposition, das sagt auch der Bund der Steuerzahler. Ich zitiere einmal wörtlich den Vorsitzenden des Bundes der Steuerzahler, Herrn Lampe:

"Der Landesregierung fehlt der Mut, dem Gebot der Stunde zu folgen und wirklich zu sparen. Ich habe den Eindruck, daß die führenden Köpfe dieser Landesregierung in Gedanken immer noch in den fetten 70er Jahren leben. Statt zu sparen, wird bei den Ausgaben draufgesattelt. Folge: Das Land verschlingt immer mehr Steuereinnahmen."

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Die Steuereinnahmen brechen doch weg!)

Mit einem Satz: Die Probleme in Nordrhein-Westfalen sind schlichtweg hausgemacht.

(Beifall bei der CDU - Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE] schüttelt den Kopf. - Klaus Matthiesen [SPD]: Unsinn ist das! Unsinn!)

Ferner fällt auf: Diese Landesregierung vergießt hier Krokodilstränen über den ungerechten Länderfinanzausgleich.

(Bodo Champignon [SPD]: Sagen Sie bloß: zu Unrecht!)

Sicher ist es ärgerlich, daß Nordrhein-Westfalen zu den Nettozahlern gehört, seit der Länderfinanzausgleich die neuen Bundesländer umfaßt. Richtig ist auch, daß es ungerecht ist, daß die Zahlerländer nach durchgeführtem Finanzausgleich relativ schlechter stehen als die Empfängerländer.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Richtig, Herr Diegel!)

Die Landesregierung lamentiert darüber seit Jahren, allerdings ohne irgend etwas zu unternehmen. Wer hat letztlich die Initiative ergriffen? Es waren die CDU und die CSU. Schauen Sie einmal nach Bayern und Baden-Württemberg!

(Beifall bei der CDU - Reinhold Trinius [SPD]: Die bereiten eine Klage vor! Sie wollen nach Karlsruhe!)

Diese Länder haben jetzt die Initiative ergriffen, Herr Trinius, und erste Schritte eingeleitet, um eine Änderung des Finanzausgleichs zu erzwingen. Da kommt der Finanzminister letzte Woche mit der Erklärung: Wenn der Druck dieser beiden Länder zu Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich führen würde, würde er sich dem selbstverständlich anschließen und sich daran beteiligen.

(Reinhold Trinius [SPD]: Das ist viel differenzierter!)

Meine Damen und Herren, wer laut klagend neben dem im Dreck steckenden Karren steht und dann, wenn ein anderer ihn flottmacht, großzügig erklärt, er sei jetzt selbstverständlich bereit mitzufahren, der macht sich schlichtweg lächerlich.

(Beifall bei der CDU)

Das ist blamabel für einen Finanzminister und peinlich für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Anstatt mutige Vorschläge zur Verbesserung des nordrhein-westfälischen Haushalts zu machen, geht der Finanzminister in seiner Einbringungsrede lang und breit auf die Steuerreformdebatte ein. Da wir dieses Thema heute noch bei einem anderen Tagesordnungspunkt ausführlich behandeln werden, möchte ich an dieser Stelle nicht vertiefend darauf eingehen. Nur eines möchte ich sagen, weil es hierhin gehört:

(C)

(D)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Der Finanzminister beklagt dauernd, daß ihm die Steuereinnahmen wegbrechen, weil die Bürger zunehmend legale Steuerschlupflöcher nutzen. Gleichzeitig aber blockiert die SPD seit Jahr und Tag eine Steuerreform, deren Ziel es ist, genau diese Schlupflöcher zu schließen.

(Beifall bei der CDU)

Das gleiche gilt für das Märchen von den angeblich gewaltigen Gerechtigkeitsdefiziten des Steuersystems. Der Finanzminister zitiert hierzu als Kronzeugen die Bundesbank, die in ihrem August-Bericht angeblich feststellt, daß die Steuerbelastung von Arbeitnehmern mit durchschnittlichen Einkommen ständig gestiegen sei. Meine Damen und Herren, genau das Gegenteil ist der Fall. Die Bundesbank stellt nämlich ausdrücklich fest, daß sich lediglich die Steuerlast von Alleinstehenden vergrößert hat. Ich zitiere wörtlich aus dem Bundesbank-Bericht:

"Ein verheirateter Durchschnittsverdiener mit zwei Kindern wurde durch den höheren Grundfreibetrag und den neuen Familienlastenausgleich so stark entlastet, daß ihm vom Brutto-lohn mehr verblieb als zu Beginn der 90er Jahre."

- (B) Die Bundesbank sagt also genau das Gegenteil von dem, was Finanzminister Schleußer behauptet.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß nicht, warum der Finanzminister diesen Unsinn erzählt. Entweder weiß er es nicht besser, oder es gehört zu seiner Strategie, alles, was vom Bund kommt, mies zu machen und zu blockieren. Lafontaine läßt grüßen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Seien Sie einmal ehrlich, Herr Ministerpräsident. Können Sie Ihre Blockadehaltung im Bundesrat noch aufrechterhalten?

(Beifall bei der CDU)

Können Sie diese Blockadepolitik gegenüber einer Steuerreform überhaupt noch verantworten, Herr Ministerpräsident?

(Beifall bei der CDU - Lothar Hegemann [CDU]: Er liest Zeitung!)

Die Bundesbank schreibt allen Politikern, damit auch Ihnen, Herr Ministerpräsident Rau, ins Stammbuch - ich zitiere wörtlich -:

"Das Bemühen um eine Steuerreform darf nicht aufgegeben werden. (C)

(Ministerpräsident Dr. Rau nickt.)

Wenn bei hohen Steuersätzen das Steueraufkommen immer geringer wird, dann ist das der beste Beweis für die Notwendigkeit einer Steuerreform."

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen niedrige Steuersätze für alle bei weniger Ausnahmen. Auch das hat die Bundesbank in ihrem jüngsten Monatsbericht eindringlich unterstrichen.

Seit Jahr und Tag jedoch läßt der Finanzminister keine Pressekonferenz vergehen, in der er nicht lautstark über den erschreckenden Rückgang der Einkommensteuer lamentiert.

(Lothar Niggeloh [SPD]: Da hat er recht!)

Er tut dies wider besseres Wissen, Herr Niggeloh, und ich sage: aus rein ideologischen Gründen. Er weiß doch ebenso wie alle Finanzexperten, daß das Bruttoaufkommen - sprich die Veranlagung - der Einkommensteuer wie das der Lohnsteuer seit Jahren auf relativ hohem Niveau stabil ist.

Im Gegensatz zur Lohnsteuer werden bei der Einkommensteuer umfangreiche Erstattungen fällig, und das nicht nur von den Besserverdienenden, die Steuerschlupflöcher nutzen. Mit 22,7 Milliarden DM schlug die Arbeitnehmerveranlagung, der frühere Lohnsteuerjahresausgleich, zu Buche. Weitere 2,2 Milliarden DM wurden an Häuslebauer für die Eigenheimzulage erstattet. Der Bund der Steuerzahler, meine Damen und Herren, befaßt sich in der neusten Ausgabe des "Steermagazins" unter der Überschrift "Wie mit Statistiken Politik gemacht wird" genau mit dieser Problematik. (D)

Wissen Sie, wie der Bund der Steuerzahler die Art und Weise bewertet, wie der Finanzminister die Einkommensteuer darstellt? Ich zitiere wörtlich:

(Bodo Champignon [SPD]: Mit Genehmigung des Präsidenten!)

"Diese Art der Volksverdummung ist an Dreistigkeit gegenüber dem Steuerzahler eigentlich kaum noch zu überbieten." Genauso ist es, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Doch lassen Sie uns auf den Landeshaushalt zurückkommen! Auf den Landeshaushalt ist der

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Finanzminister leider nur an wenigen Stellen eingegangen.

(Leo Dautzenberg [CDU]: Er weiß auch warum!)

Aber da, wo er dies tut, hat er außer Verdrehungen und Halbwahrheiten wenig zu bieten.

(Zuruf von der SPD: Na, na!)

Da erzählt er dem staunenden Publikum, daß die Schwerpunkte Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung trotz schwieriger Finanzlage - ich betone dies - in vollem Umfang weiter gefördert würden.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das ist sein Niveau!)

Doch wer den Haushalt aufschlägt, kann sich schnell vom Gegenteil überzeugen. Dann müssen wir nämlich feststellen: Der Eigenanteil an den Mitteln für Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung sinkt 1998 um sage und schreibe 135 Millionen DM.

(Beifall bei der CDU)

Die Folgen sind bei allen wichtigen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung abzusehen: Die Meistergründungsprämie wurde um 3 Millionen DM gekürzt. Das Programm zur Vergabe verbilligter Kredite an kleine und mittelständische Betriebe wurde von 44 Millionen DM auf 14 Millionen DM zusammengestrichen.

(B)

(Zurufe des Leo Dautzenberg [CDU] und des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Die Handwerksförderung wurde um 10 % reduziert. Beim Technologieprogramm wurden kurzerhand 45 Millionen DM gestrichen. Sogar das Programm zur Verbesserung von Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher wurde um 3,7 Millionen DM gekürzt. Und da ziehen Sie, Herr Clement, als Ausbildungsapostel durch die Lande! Dabei sind Sie längst zum Ausbildungsjudas geworden.

(Beifall bei der CDU - Heiterkeit des Ministers Wolfgang Clement)

Denn Sie haben in Ihrem Ressort buchstäblich alles rasiert, was Ihnen angeblich so lieb und teuer ist.

(Beifall bei der CDU - Klaus Matthiesen [SPD]: Unverschämtheit! Schnöselhafte Bemerkungen sind das!)

- (C) Auch der von Ihnen, Herr Clement, so wortreich angekündigte Risikokapitalfonds hat sich als die gleiche Luftnummer erwiesen wie das vor Jahren vom Herrn Ministerpräsidenten groß angekündigte 13-Milliarden-Programm "Arbeit und Umwelt",

(Beifall bei der CDU)

das sich, meine Damen und Herren, an keiner Stelle im Haushalt findet.

(Zuruf von den GRÜNEN: Können Sie nicht lesen!)

Nichtsdestotrotz stellt sich Herr Schleißer hier hin und verkündet: Trotz schwieriger Haushaltslage würde die Wirtschaftsförderung in vollem Umfang weitergeführt. Meine Damen und Herren, alles heiße Luft; das Gegenteil ist der Fall!

(Beifall bei der CDU)

Das gleiche gilt im übrigen auch für die wolkigen Aussagen des Finanzministers zur Nettokreditaufnahme.

Meine Damen und Herren! Ein Haushalt mit einer Neuverschuldung in Höhe von 7,3 Milliarden DM als konsequente Fortsetzung des Konsolidierungskurses zu bezeichnen, ist doch wohl Ironie.

(Beifall bei der CDU)

(D) Wir wären ja alle froh, wenn es überhaupt irgendeine Art von erkennbarem Konsolidierungskurs gäbe. Die mittelfristige Finanzplanung des Landes ändert sich aber mittlerweile ebenso schnell wie die Steuerprognosen des Arbeitskreises Steuer-schätzung.

(Beifall bei der CDU)

Der Finanzminister beklagt in diesem Zusammenhang, daß sich die Wachstumsrate von den Steuereinnahmen abgekoppelt habe. Da ist etwas Wahres dran. Bis vor wenigen Jahren galt die Faustformel: 1 % mehr Wachstum gleich 1 % mehr Steuereinnahmen. - Dies stimmt leider nicht mehr. Die Einnahmenentwicklung des Staates wird immer weniger prognostizierbar.

(Zuruf von den GRÜNEN: Und warum?)

Die Folgen treffen Heinz Schleißer ebenso wie Theo Waigel. Einnahmeansätze müssen nach unten korrigiert, Haushaltslöcher gestopft werden.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Es ist aber einfach unredlich, wenn die SPD in dieser Situation dem Bundesfinanzminister Versagen vorwirft und beim Landesfinanzminister so

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) tut, als wäre es ein Mittel höherer Gewalt gewesen. Sie müssen sich schon entscheiden, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der CDU - Ernst-Martin Walsken [SPD]: Sie müssen sich entscheiden!)

Zur Ehrlichkeit gehört im übrigen ebenso, daß man die Risiken nicht verschweigt, denen auch dieser Entwurf auf der Einnahmeseite ausgesetzt ist. Der Finanzminister hat seine Steuereinnahmeerwartung exakt an der Mai-Schätzung 1998 des Arbeitskreises Steuerschätzung ausgerichtet. Spätestens seit dem Augustbericht der Bundesbank wissen wir aber alle, daß die Steuereinnahmeerwartungen für 1997 wahrscheinlich noch einmal nach unten korrigiert werden müssen. Die Bundesbank geht von einem Steuereinnahmeloch zwischen 3 Milliarden DM bis 10 Milliarden DM aus. Finanzexperten schätzen den Steuerausfall für 1997 mittlerweile auf bis zu 18 Milliarden DM.

Nordrhein-Westfalen ist an diesen Steuereinnahmen mit 9 % beteiligt. Dies bedeutet, daß für 1997 auch für Nordrhein-Westfalen ein erneutes Finanzloch zu befürchten ist, das die Größe von 1,6 Milliarden DM durchaus erreichen könnte. Da im laufenden Haushalt kaum noch gespart werden kann, wäre dies eine echte finanzpolitische Katastrophe für unser Land.

(B)

Wenn sich die Basiszahlen für 1997 nach unten bewegen, bedeutet das auch, daß die Steuereinnahmen für 1998 entsprechend nach unten korrigiert werden müssen. Hierauf muß jetzt schon hingewiesen werden, damit wir im November, wenn die neuen Zahlen vorliegen, vorbereitet sind und diesen Haushalt noch im Entwurf korrigieren können.

(Beifall bei der CDU)

Ein Desaster wie im vorigen Jahr, als entgegen unserer Warnung hier ein Haushalt beschlossen wurde, dessen Einnahmeansätze schon bei der Einbringung reine Makulatur waren, möchte ich nicht noch einmal erleben.

(Beifall bei der CDU)

Ein solches Theater sollten wir uns und unserem Land ersparen.

Es kann aber sein, daß der Finanzminister heimlich bereits Vorsorge getroffen hat. Es fällt auf, daß die globalen Minderausgaben aus dem Haushalt für 1998 völlig verschwunden sind. 1997 waren das noch fast eine Milliarde DM. Nun will

ich nicht annehmen, daß der Finanzminister die globalen Minderausgaben gestrichen hat, weil wir, die CDU, ihn im vergangenen Jahr dafür kritisiert haben. Vielmehr drängt sich doch der Verdacht auf, daß jetzt schon die Vorbereitungen dafür getroffen werden, im nächsten Frühjahr wieder bequem einen Nachtragshaushalt zu entwickeln. Meine Damen und Herren, ein solches Täuschungsmanöver ist viel zu durchsichtig, um zu funktionieren, und das machen wir von der CDU auch nicht mit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wo wir gerade bei Täuschungsmanövern sind, will ich noch den nordrhein-westfälischen Investitionshaushalt ansprechen. Der Finanzminister verkündete stolz, es sei ihm gelungen, die Einsparungen auf den konsumtiven Bereich zu begrenzen und die Investitionen um 5 % zu erhöhen. Aber auch das hält einer näheren Betrachtung nicht stand. Der Finanzminister rechnet mit 2,3 Milliarden DM Mehreinnahmen. Hiervon verbucht er knapp 500 Millionen DM auf Investitionen und 1,8 Milliarden DM auf den Konsum. Das ist nun wirklich ein mageres Ergebnis, meine Damen und Herren.

Die Geschichte wird aber noch schlimmer, wenn man sich ansieht, wie der Finanzminister zu seiner Steigerungsrate für Investitionen kommt. Das ist wieder einmal nichts anderes als ein erneuter Schleußerscher Rechentrick. Tatsache ist, daß die Erhöhung der Investitionen um 550 Millionen DM nur durch Umschichtungen im Kommunalhaushalt erreicht wurde. Die Kommunalinvestitionen steigen um 625 Millionen DM, während die allgemeinen Zuschüsse an die Kommunen um 254 Millionen DM sinken. Die gesamten Mehrzuweisungen sind also in den Investitionsteil des GFG verschoben worden. Die landeseigenen Investitionen bleiben auf dem Tiefstand des Vorjahres, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wie weit es mit dem nordrhein-westfälischen Investitionshaushalt gekommen ist, wird deutlich, wenn man sich den Bund und die anderen Länder ansieht. Der nun wirklich nicht auf Rosen gebettete Bund investiert 1998 12,6 % seiner Gesamtausgaben. Nordrhein-Westfalen schafft gerade einmal 10,9 %. Und, meine Damen und Herren, alle anderen Bundesländer - selbst das Saarland - investieren nominal mehr als 1981. Nur Nordrhein-Westfalen fällt unter den Stand von

(C)

(D)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) 1981 ab. Das ist ein Trauerspiel, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das sind keine abstrakten Zahlenbeispiele für reine Haushaltsspezialisten. Investitionen bringen Arbeitsplätze in der Wirtschaft. Um wenigstens den Durchschnitt der alten Flächenländer zu erreichen, müßte Nordrhein-Westfalen 2 Milliarden DM mehr in Investitionen stecken. 2 Milliarden DM - das sind rund 25 000 Arbeitsplätze, die in Nordrhein-Westfalen fehlen, weil das Land konsumiert statt investiert

(Beifall bei der CDU)

und die Wirtschaftsentwicklung sträflich vernachlässigt. Auch das ist ein hausgemachtes Debakel.

Ein Wort noch zu den Personalausgaben und Personaleinsparungen! Die Personalausgaben sind mit 35 Milliarden DM der größte Ausgabenblock im Landeshaushalt. Das ist mehr als die Hälfte aller Steuereinnahmen. Die strikte Begrenzung der Personal- und Pensionskosten ist daher eine der wichtigsten Aufgaben bei der Konsolidierung des Haushalts. Der Bund hat hier seine Hausaufgaben gemacht. Die Reform des Beamtenrechts ist mit der nun anstehenden Versorgungsreform weitgehend abgeschlossen. Aktive Beamte und Pensionäre haben damit ihren schmerzhaften Beitrag zur Haushaltssanierung geleistet.

(B)

Ich möchte an dieser Stelle auch betonen, daß damit für mich die Diskussion um Kürzungen im Beamtenbereich beendet ist. Die Grenze des Zumutbaren ist für die meisten Beamten längst erreicht. Weitere Einschnitte würden nur auf Kosten der Motivation und der Leistungsbereitschaft gehen und so zu einer ungewollten Schwächung des öffentlichen Dienstes führen.

(Zuruf des Ministers Dr. Michael Vesper)

Das heißt aber nicht, daß hier nichts mehr zu tun wäre, Herr Vesper. Was jetzt noch zu tun ist, ist Sache der Verwaltungsreformer und der Organisatoren der Länder. Alle sind sich darin einig, daß der Personalbestand erheblich reduziert und die Verwaltung verkleinert werden muß, verkleinert werden muß, damit der Verwaltungsapparat auch weiterhin bezahlbar bleibt. Auch hier, meine Damen und Herren, hat der Bund Vorbildliches geleistet. Innerhalb von fünf Jahren ist es dem Bund gelungen, seinen Personalbestand um mehr als 10 % zu reduzieren.

(Beifall bei der CDU)

Nordrhein-Westfalen setzt dagegen jedes Jahr neue Fantasiazahlen in die Welt, wie viele Stellen im Landesbereich als künftig wegfallend deklariert worden seien. Doch die Realität sieht ganz anders aus. Schauen wir uns das einmal genau an! Der Haushalt des Landes umfaßte 1989 rund 335 000 Stellen. 1997 sind es 345 000 Stellen, also rund 10 000 Stellen mehr.

Das ist Personalabbau à la SPD!

(Beifall bei der CDU)

Das einzige, was seit Jahren konsequent reduziert wird, sind die Lehrstellen. 1997 fielen 118 Lehrstellen für Azubis weg. 1998 sollen weitere 369 Lehrstellen wegfallen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: - Hört euch das an! - Weitere Zurufe von der CDU)

Im Bereich der Altenpflege fällt sogar ein ganzer Ausbildungsjahrgang weg.

(Beifall bei der CDU - Lothar Hegemann [CDU]: So ist Herr Horstmann!)

Herrn Minister Clement müssen dabei die Ohren klingeln. Er fordert von der Wirtschaft lautstark mehr Lehrstellen und kürzt selber. Auch das ist typische Politik der SPD.

(Beifall bei der CDU - Werner Stump [CDU]: Lehrstellenkiller!)

Das Ganze ist auch ein typisches Beispiel für die Politik dieses Finanzministers. Auf allen Pressekonferenzen stellt er sich mit beachtlicher Schauspielkunst als Mann mit dem eisernen Besen dar. In Wirklichkeit sieht er tatenlos zu, wie seine Kollegen ihre Personalapparate immer weiter aufblähen.

(Beifall bei der CDU)

Der Finanzminister und sein Arbeitsstab "Aufgabenkritik", der angetreten war, die Verwaltung zu sanieren, entpuppen sich somit mehr und mehr als zahnlose Tiger.

Kaum wird von den Verwaltungsreformern zaghaft darüber nachgedacht, die staatliche Mittelinstanz zu straffen, schon eilt der Ministerpräsident herbei, um eine Bestandsgarantie für die Regierungspräsidenten abzugeben.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Und der Innenminister beeilt sich, Gleiches für die Landschaftsverbände zu tun. Ergebnis der Verschlankungsoperation: gleich Null!

(Beifall bei der CDU)

Es wird darüber nachgedacht, die nachgeordneten Behörden straffer zu bündeln. Und schon tritt der Arbeitsminister auf den Plan und schafft sich gegen alle Widerstände seine eigene Verwaltung.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen eines: Bei dieser Landesregierung wird es nie etwas mit der von uns allen gewollten Verwaltungsreform.

(Beifall bei der CDU)

Erinnern wir uns: Noch vor fünf Jahren pilgerten Beamte anderer Bundesländer nach Nordrhein-Westfalen, um sich anzusehen, wie hier Verwaltungsreform betrieben werden soll. Mittlerweile hinkt Nordrhein-Westfalen allen anderen Ländern hinterher, und der hochgelobte Arbeitsstab "Aufgabenkritik" ist zur Lachnummer verkommen, der hochbezahlte Posten des Leiters wird zur Befriedigung eines Versorgungsfalles genutzt. Der Filz läßt grüßen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

- (B) Wie könnte unser Land dastehen, wenn diese Landesregierung nicht Jahr für Jahr hilflos vertan hätte!

(Beifall bei der CDU)

Es ist schon schmerzlich, zusehen zu müssen, wie zum Beispiel das Land Bayern davonzieht, während wir in Nordrhein-Westfalen weiter auf der Stelle treten. Uns bleibt heute nur noch, das Beste aus dem Scherbenhaufen zu machen, den wir jetzt vorfinden. Wenn wir nicht den Anschluß an die Länder und die Zukunft des Landes verlieren wollen, brauchen wir eine ganze Serie von schnellen und einschneidenden Entscheidungen der Landesregierung.

Erstens: Wir brauchen ein radikales Umsteuern der Finanzpolitik hin zu einer rigorosen Beschränkung des Konsums und hin zu einer Stärkung der Investitionen zur Belebung der Wirtschaft und zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen - zweitens - eine Wirtschaftspolitik, die sich nicht nur in Worten erschöpft, sondern wirkliche Schritte zur Verbesserung der Infrastruktur einleitet. Wer investiert schon in ei-

nem Land, das seine Flughäfen gezielt konkurrenzunfähig macht und seine Verkehrswege verkommen läßt? (C)

(Beifall bei der CDU)

Wer investiert schon in einem Land, in dem ein grüner Koalitionspartner die Sperrminorität besitzt,

(Beifall bei der CDU)

ein Koalitionspartner, der meint, ein Industrieland wie Nordrhein-Westfalen lasse sich mit Windkraft betreiben, und ausländische Investoren seien glücklich, wenn sie nur eine Fahrradstation in der Nähe ihres Investitionsobjekts fänden?

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU - Bodo Champignon [SPD]: Mach' dich nicht lächerlich! - Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist doch Rhetorik der frühen achtziger Jahre!)

Drittens: Wir brauchen die Entscheidung zu einer durchgreifenden Verwaltungsreform. In einem modernen Staat macht es keinen Sinn, neben dem KVR noch zusätzlich zwei Landschaftsverbände, fünf Regierungspräsidien, zig Landesoberbehörden und unzählige Bezirksplanungsräte zu haben, die die Arbeit doppelt und dreifach machen. (D)

(Beifall bei der CDU)

Das führt beispielsweise dazu, daß, wie letztens von Frau Ministerin Höhn vorgemacht, für teures Geld ein Gutachter beauftragt wird, der entscheiden soll, welche der vielen Behörden denn nun recht hat.

Die Landesverwaltung muß effizienter, kostengünstiger und bürgernäher ausgestaltet werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir erwarten von unserer Wirtschaft zu Recht, daß sie sich dem Rationalisierungs- und Modernisierungsdruck offensiv stellt und die Unternehmen für die nächsten Jahrzehnte fit macht. Gleiches muß aber auch für die nordrhein-westfälische Verwaltung gelten.

Vor allem aber brauchen wir Leute an der Spitze, die es auch wagen, diese Ziele anzupacken, Leute, die die Ärmel hochkrempeln, um etwas positiv zu bewegen, und nicht solche, die ihre Kraft allein damit erschöpfen, sich im Amt zu halten.

(Beifall bei der CDU - Ute Koczy [GRÜNE]: Richtig, du mußt weg!)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) An dieser Stelle habe ich im vergangenen Jahr angeboten, eine interfraktionelle Kommission zur Haushaltssanierung zu bilden. Bis heute keine Reaktion der anderen Fraktionen im Hause!

(Bodo Champignon [SPD]: Ist auch besser sol!)

Auch heute noch gilt: Wir brauchen diese Kommission dringend. Diese Landesregierung, in der sich Rot und Grün täglich gegenseitig blockieren, ist nicht in der Lage, das notwendige Umsteuern zu bewältigen.

(Beifall bei der CDU)

Ich erneuere deshalb dieses Angebot und appelliere nochmals an Sie, sich einer Zusammenarbeit und vor allem konstruktiven Vorschlägen nicht weiter zu verweigern.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])

Die CDU ist auch weiterhin bereit, Verantwortung zur Haushaltssanierung zu übernehmen. Es geht schließlich um die Zukunft unseres Landes, es geht um die Zukunft unserer Bürger und um die Zukunft unserer Kinder, meine Damen und Herren.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Die Situation der Finanzpolitik in Bund und Land erfordert Gemeinsamkeit der Demokraten. Wer heute aus parteitaktischem Kalkül die notwendigen Entscheidungen blockiert, der hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden und ignoriert den Auftrag, den die Bürger uns allen gegeben haben.

(Beifall bei der CDU)

In einer Demokratie kann man streiten - streiten um der Sache willen. Aber Streit darf nicht um des Streites willen geführt werden, sondern man muß dabei zu Ergebnissen kommen, die ein entschlossenes politisches Handeln ermöglichen.

(Manfred Böcker [SPD]: Was machen Sie in Bonn!)

Wir müssen dem Bürger beweisen, daß diese Demokratie im Stande ist, auch in schwerer Zeit die Probleme zu lösen. - Die CDU steht dazu bereit, meine Damen und Herren.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Meine Damen und Herren, in seinem Redebeitrag hat sich der Kollege

Diegel an den Wirtschaftsminister gewandt und diesen als "Judas" bezeichnet. Dieser biblische Begriff ist klar mit der Bedeutung "Verräter" belegt, und diese Bezeichnung für den Wirtschaftsminister ist nicht nur unparlamentarisch, sondern verletzt seine persönliche Würde. Ich bitte Sie, auch in der harten politischen Debatte, die sich jetzt anschließen soll, von solchen Begriffen abzusehen. - Ich ermahne den Kollegen Diegel.

(Zuruf von der SPD: Dieser Pharisäer!)

Das Wort hat der Kollege Trinius für die SPD-Fraktion.

Reinhold Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen macht eine verlässliche und solide Haushaltspolitik.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Ich will Ihnen das an einigen wenigen Punkten erläutern.

(Zuruf von der CDU: Von welchem Land reden Sie?)

Erstens. Die Ausgaben für 1998 steigen, bezogen auf den Haushalt, so wie er mit dem Nachtragshaushalt verabschiedet worden ist, um 2,2 % und, bezogen auf den ursprünglich verabschiedeten Haushalt, um 0,7 %.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was soll denn das sein?)

- Verehrter Herr Kollege, das macht die doppelte Kraftanstrengung zur Einsparung im Jahre 1997 mit dem Nachtragshaushalt insbesondere und mit dem Haushaltsentwurf von 1998 deutlich.

Zweitens. Der Haushaltsabschluß 1996 belegt unwiderlegbar die Solidität. Wir haben im Vollzug des Haushalts 1996 1,5 Milliarden DM an Mindereinnahmen und zusätzlichen Ausgabenbelastungen, insbesondere im Länderfinanzausgleich, wegdrücken müssen. Die 1,5 Milliarden DM sind weggedrückt worden im Vollzug des Haushalts 1996, und zwar ohne daß die Kreditermächtigung überschritten und ohne daß die Verfassungsgrenze verletzt worden wäre.

Ein Blick auf den Haushaltsvollzug 1996 des Bundeshaushaltes zeigt: Überschreitung der Kreditermächtigung um 18 Milliarden DM und Überschreitung der von der Verfassung gezogenen Grenze um ebenfalls fast 18 Milliarden DM.

(Reinhold Trinius [SPD])

- (A) Das heißt: Während wir in Nordrhein-Westfalen - obwohl wir eine Mehrbelastung von 1,5 Milliarden DM verkraften mußten - eine Punktlandung für den Haushaltsvollzug 1996 unter dem Finanzminister Heinz Schleußer erreicht haben, stellen Sie hier heraus, der Bund sei vorbildlich, obwohl er die Nettokreditermächtigung um 18 Milliarden DM überschreitet und die Verfassungsgrenze verletzt. All diese soliden Grundlagen - Einhaltung der Nettokreditermächtigung und der Verfassungsgrenze - sind in Nordrhein-Westfalen gegeben. Das beweist Verlässlichkeit und Solidität!

(Beifall bei der SPD)

Eine weitere Bemerkung betrifft den Haushalt 1997: Nach der Steuerschätzung vom Mai standen alle vor der Aufgabe, ihren Haushalt neu auszutarieren. Wir, das heißt Regierung und Koalition aus SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, haben in Nordrhein-Westfalen zum Austarieren des Haushaltes im Nachtragshaushaltsgesetz - es ging um 1,8 Milliarden DM weniger Einnahmen - sechs Wochen benötigt. Wir haben einen Haushaltsvollzug in Nordrhein-Westfalen, der auf gesetzlicher Grundlage eines verabschiedeten Haushalts von statten geht, und wir haben die Nettokreditermächtigung um nicht eine einzige DM erhöht.

- (B) Blick auf Bonn: In Bonn muß man davon ausgehen - das steht in der mittelfristigen Finanzplanung -, daß Sie erheblich auf der Ausgabenseite drauflegen müssen - darauf komme ich nachher bezüglich der Bundesanstalt für Arbeit zurück -, daß Sie die Telekomaktien entgegen dem Prospekt verkaufen - das heißt, Sie haben eine Zwischenlösung gefunden -,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das stimmt doch gar nicht, Herr Trinius!)

- und Sie müssen in die Nettokreditermächtigung ---

(Anhaltende Zurufe des Dr. Helmut Linssen [CDU] - Klaus Matthiesen [SPD]: Seien Sie doch ruhig, der Trinius versteht etwas davon!)

- Ja natürlich, Sie nennen das Platzhalterlösung. - Im Prospekt war versprochen worden: Keine Veräußerung, es bleibt beim Bund.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Es wird doch nichts veräußert!)

- Aber, Herr Kollege, ich komme auf den entscheidenden Punkt: Sie erhöhen die Nettokredit-

ermächtigung, und Sie überschreiten mit dem Nachtragshaushalt die Verfassungsgrenze um 12 Milliarden DM. (C)

Das heißt: Im Vollzug 1996 wurden die Verfassungsgrenze nicht eingehalten. Wir tun das aber. In der Planung für 1997 gab es erneut eine Überschreitung der Verfassungsgrenze. Wir halten sowohl 1997 als auch 1998 die Verfassungsgrenze ein.

(Beifall bei der SPD)

Nun will ich ein Wort sagen zum Abstand 1998 von der Verfassungsgrenze, die aus gutem Grund gezogen wurde: Dieser Abstand nach dem in Nordrhein-Westfalen eingebrachten Entwurf liegt bei etwa 400 Millionen DM. Das ist eine Sicherheitsmarge, die man auch braucht. Unser Haushaltsvolumen beträgt 90 Milliarden DM. Das Volumen des Bundes beträgt 460 Milliarden DM. Der Sicherheitsabstand des Bundeshaushalts für 1998 ist laut Mittelfristiger Finanzplanung nicht größer als der in Nordrhein-Westfalen. Er müßte aber eigentlich fünfmal so groß sein. Das heißt: Sie bewegen sich da auf blankem Eis!

Herr Kollege, wenn im Mai 1995 eine Steuerschätzung vorgelegt und in Stufen korrigiert wird, bei der herauskommt, daß nach drei Jahren, also im Mai 1998, die öffentliche Hand insgesamt mit Mindereinnahmen von 177 Milliarden DM rechnen muß - das können Sie nun auf Bund, Länder und Gemeinden aufteilen -, ist das eine Rücknahme der Schätzung der steuerlichen Einnahmen, die - wenn Sie das alleine einmal auf das Volumen des Bundeshaushalts beziehen - bei 40 % des Bundeshaushaltsvolumens liegt. (D)

Daß das bedeutet, daß wir in außerordentlich schwere Wetter kommen, liegt ja auf der Hand. Dazu kann ich nur sagen: In einer solchen Situation gehört es zur Verlässlichkeit dazu, daß wir unsere Planungen, unsere Nettokreditermächtigungslinie und anderes den neuen Bedingungen anpassen. Und das tun wir mit der Mittelfristigen Finanzplanung! Wir reagieren auf diese Situation nicht etwa panisch, sondern wir untersuchen, woran das liegt, und fragen, wie wir die Haushaltslinie für Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren angemessen durchsteuern können.

Diese Korrektur der Linie bedeutet zugleich die Fortsetzung der Verlässlichkeit, auch wenn damit einhergeht, daß wir die Nettokreditermächtigung für 1998 um etwa 200 Millionen DM gegenüber der ursprünglichen Planung erhöhen müssen. Es

(Reinhold Trinius [SPD])

- (A) beißt keine Maus einen Faden ab, daß wir so, wie wir gewirtschaftet haben, trotz aller zusätzlichen Belastungen - wären die Steuerschätzungen eingetreten - das Ziel, die Nettokreditermächtigung auf 1 Milliarde DM zu senken, nicht erst im Jahre 2000, sondern schon 1998 erreicht hätten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege, die Mittelfristige Finanzplanung hat die von mir eben genannten Korrekturen vorgenommen. Daran können Sie unsere weitere Haushaltspolitik messen. Diese Korrektur war notwendig. Mit Schönwettersegeln ist es vorbei! In einer solchen Situation muß man vielmehr das Schönwettersegel herunterholen. Ich habe den Eindruck: Die Dickbramsigkeit des Bonner Bundeskanzlers setzt immer noch auf Schönwetter.

(Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Bleib im Land und nähre Dich redlich.)

Lassen Sie mich Ihnen ein paar Dinge in Erinnerung rufen: Sie sprachen von der Entwicklung bei der veranlagten Einkommensteuer und daß das alles mißbräuchlich sei, was Heinz Schleußer im Landtag sowie im Haushalts- und Finanzausschuß vorgetragen habe. Das ist es aber nicht. Herr Kollege, ich zitiere einmal:

(B)

"Die Entwicklung der Veranlagungssteuern ist durch strukturelle Probleme gekennzeichnet. Bei der Veranlagung führen Faktoren wie Verlustvortrag und intensive Nutzung der Sonderabschreibung Ost in den vergangenen Jahren erst jetzt zu Erstattungen mit den entsprechenden Konsequenzen beim Steueraufkommen."

Ferner gewinnen Ausweichreaktionen der Unternehmen zunehmend an Bedeutung. Es gibt deutliche Hinweise, daß international tätige Unternehmen nach Möglichkeiten suchen, Gewinne auf Tochterunternehmen im steuergünstigeren Ausland zu verlagern und Verluste im Inland steuermindernd geltend zu machen."

Das sagt Finanzminister Heinz Schleußer. Das steht so wörtlich in der Mittelfristigen Finanzplanung des Bundes. Tatsächlich sieht das Ergebnis so aus, daß wir es bei der Einkommensteuer im Augenblick bundesweit mit einem Minus-Aufkommen in Höhe von 4,1 Milliarden DM zu tun haben. Hier stimmt etwas nicht.

Wir haben den Haushalt mit einem Länderfinanzausgleich zu fahren, der vom Land Nordrhein-

Westfalen Leistungen in einer Größenordnung von 3,1 Milliarden DM verlangt. Das ist für 1998 oder auch 1997 mehr, als es vor der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs dem Volumen nach bundesweit ausgemacht hat. Das, was früher das Gesamtvolumen ausgemacht hat, ist heute alleine das, was Nordrhein-Westfalen zu bezahlen hat. (C)

Herr Kollege, nun müssen Sie sich schon einmal darüber klarwerden: Wollen Sie denn den Kurs von Bayern und Baden-Württemberg mitgehen? Oder wollen Sie diesen Kurs nicht mitgehen? Dazu will ich ein paar Bemerkungen machen: Der Länderfinanzausgleich - dies als erste Bemerkung - führt - das hat hier auch Heinz Schleußer sehr deutlich gesagt - noch nicht zu einer Übernivellierung. Aber zu Übernivellierungen kommen wir bei den Bundesergänzungszuweisungen. Lassen Sie mich der Gerechtigkeit halber auf einen Punkt hinweisen: Der eine Teil der Bundesergänzungszuweisungen soll die schwächeren Länder in eine finanziell stärkere Position bringen.

Es gibt aber auch noch einen zweiten Teil: Sie dürfen nicht vergessen, daß die Kommunen in den fünf neuen Ländern besonders schwach sind. Da gibt es einen weiteren Teil an Bundesergänzungszuweisungen, der den dortigen Kommunen zuzuweisen ist. Aber wir müssen darauf achten, daß das Ganze nicht am Ende zu Lasten der steuerstarken Länder geht, denn auf deren Hilfe wird man dauerhaft angewiesen sein. (D)

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

Deswegen ist es vernünftig, die Frage nicht gerichtlich, sondern möglichst im Konsens zwischen denen, die zahlen, dem Bund, der Ergänzungszuweisung gibt, und denen, die empfangen, auszutarieren. Unerträglich ist es, wenn man auf Platz 4 steht und am Ende des ganzen Geschäfts auf Platz 16 der 16 Bundesländer landet.

Zu den Ausgaben, Herr Kollege, sage ich Ihnen: Wenn Sie von Konsumausgaben reden - wir reden normalerweise von konsumtiven - denkt jeder, der zuhört: Dafür kaufen die sich irgend etwas. Dafür kaufen die sich Bleistifte, neue Tische, neue Sessel, ich weiß nicht, was alles.

(Zuruf von der CDU: Wasserköpfe!)

- Und Wasserköpfe, natürlich. - Dafür kaufen die sich einfach irgend etwas. Was zählt denn alles zu den konsumtiven Ausgaben? Die gesamten Personalausgaben, deren Höhe Sie korrekt angegeben haben, gelten als konsumtiv. Das sind knapp 40 % aller Ausgaben. Als konsumtiv gel-

(Reinhold Trinius [SPD])

- (A) ten alle Zuschüsse, die wir an die Kindergärten geben. Als konsumtiv gelten die Zuschüsse, die wir für die Ersatzschulen ausgeben. Als konsumtiv gilt all das, was wir an Zinsverbilligung in die Wirtschaft stecken. Das gilt alles als konsumtiv.

Dabei bewirken viele der konsumtiven Ausgaben solcher Art investive Förderungen, führen zur Investitionsförderung. Das können Sie an der Wohnungsbauförderungsanstalt ablesen. Die Zuschüsse für die Wohnungsbauförderungsanstalt sehen konsumtiv aus, aber ihre Wirkung ist investiv. Ich bitte Sie, das bei der Frage der Investitionsquote immer mit zu beachten. Sie greifen zu kurz, wenn Sie sich nur die Bauausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen anschauen und sie für die einzigen Investitionen halten.

Ein Blick in den Haushalt zeigt im übrigen, daß die im engeren Sinne eigenfinanzierten Investitionen des Landes Nordrhein-Westfalen vom letzten Jahr auf das nächste Jahr steigen werden. Die Größenordnung liegt, glaube ich, bei 300 oder 400 Millionen DM. Und das setzt sich so fort. Stiegen die eigenfinanzierten Investitionsausgaben des Landes nicht, hätten wir angesichts des Rückgangs von Bundeszuweisungen Rückgänge in der Investitionsquote. Und wir berücksichtigen bei der Beachtung der Verfassungsgrenze nur das, was wir an Investitionen selber aus eigenen Mitteln tätigen - nichts anderes.

(B)

Wir haben dann den schlimmen Posten von Zinsausgaben. Die Zinsausgaben belasten uns zusätzlich mit 470 Millionen DM. Und wir haben eine Position, die wir beibehalten, nämlich eine Beteiligung der Gemeinden mit 23 % am steuerlichen Aufkommen der Gemeinschaftssteuern. Das Ergebnis ist, daß im Lande Nordrhein-Westfalen auch weiterhin etwa jede vierte DM den Kommunen - sei es im Gemeindefinanzausgleich, sei es außerhalb des Gemeindefinanzausgleichs - zugute kommt.

Nun zum Personal noch ein paar kleine Hinweise, Herr Kollege: Von den zwölf- und dreizehntausend Stellen, die den Vermerk tragen, sie sollten künftig gestrichen werden oder wegfallen, sind bis Mitte 1997 3000 Stellen gestrichen worden. Sie sehen, daß wir neue zusätzliche Instrumente einbauen, so daß Personen, Beamte besser und leichter auch versetzt werden können.

(Dr. Helmut Linssen [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Bitte, Herr Kollege.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Kollege Linssen, (C) ich erteile Ihnen zu einer Frage das Wort.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Kollege Trinius, würden Sie uns zustimmen, wenn wir sagen, daß der Bestand an Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst heute höher ist als 1989, das heißt, eine Verminderung eben nicht stattgefunden hat, und daß Sie selber zu Recht beklagen, daß das Tempo des Abbaus gerade bei den kw-Stellen hier völlig ungenügend ist? Das sagen Sie doch schließlich selber. Würden Sie dazu Stellung nehmen?

(Beifall bei der CDU)

Reinhold Trinius (SPD): Das ist doch unbestritten, Herr Kollege. Sie brauchen doch nur in den Haushalt hineinzublicken. Da sehen Sie, wie sich die Stellen entwickelt haben. Dazu will ich Ihnen ein paar Erläuterungen geben. Es war doch der Wille aller Abgeordneten dieses Hauses, daß die ausgebildeten Polizeibeamten auf eine feste Stelle kamen.

(Beifall bei der SPD)

Es war der Wille aller Abgeordneten dieses Hauses, daß 1989/90 bei der Einstellung eine arbeitsmarktpolitische Komponente eingeführt wurde. (D)

(Beifall bei der SPD)

Tarifrechtliche Einsparungen sollten sich - Sie haben das hier auch im Plenum eingefordert - in der Beschäftigungswirkung des öffentlichen Dienstes niederschlagen. Das war der Wille aller Parteien.

(Beifall bei der SPD)

Dann lasten Sie doch nicht das, was wir alle gewollt haben, einseitig dem Finanzminister an.

(Beifall bei der SPD)

Ich schlage vor: Wir sollten alle dazu stehen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ihr macht keine Verwaltungsstrukturreform! Das ist es!)

- Wunderschön, Herr Kollege. Dieses eine Thema haben wir jetzt abgehakt.

(Weitere Zurufe des Dr. Helmut Linssen [CDU])

- Immer noch nicht?

(Reinhold Trinius [SPD])

(A) (Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das haben wir nicht abgehakt! Es hängt zusammen! Ihr müßt aus der Bürokratie Leute herausnehmen und bei der Polizei hineinnehmen!)

- Jetzt müssen Sie mir wirklich einmal erklären, wie Polizei und Verwaltungsstrukturreform zusammenhängen. Das lassen wir jetzt aber bleiben. Herr Kollege, Sie glauben natürlich dem Finanzminister nicht. Das kann ich auch verstehen.

Wir haben ein deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, das die Personalausgaben und das Personal gegliedert nach Bundesländern für 1995 aufstellt. Statistiken liegen ja immer ein bißchen zurück. Das Ergebnis ist: In keinem Land der Bundesrepublik wird so wenig bezogen auf die Bevölkerung, auf die Einwohner für die gesamte Verwaltung ausgegeben wie in Nordrhein-Westfalen. Das gilt nicht bloß für die innere Verwaltung.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege, für politische Führung und zentrale Verwaltung sind Sie ja bei der Verwaltungsreform.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

(B) - Herr Kollege Dr. Linssen, für politische Führung und zentrale Verwaltung in Nordrhein-Westfalen geben wir 187 DM pro Einwohner aus.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Bei 18 Millionen ist das doch klar!)

- Langsam, Sie wollen es nicht hören. Damit kann ich ein Land wie Baden-Württemberg vergleichen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Je mehr Einwohner du hast, desto billiger ist der Ministerpräsident! Das ist doch klar!)

- Herr Kollege, deshalb wähle ich ja auch vergleichbare Länder. Das bedeutet, ich kann uns mit einem Flächenland wie Bayern oder Baden-Württemberg vergleichen. Baden-Württemberg liegt bei 200 und Bayern bei 208 Mark.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Das heißt, es gibt keine sparsamere und keine effektivere Verwaltung - übrigens auch keine bürgernähere - als die in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Dann können Sie alles beim alten lassen, wenn Sie so rechnen!)

Wie verfahren wir in einer solchen Situation wie der, in der wir uns befinden? Da gehen wir zwei

(C) Wege. Der erste Weg: Wir versuchen, die Probleme im gesellschaftlichen Konsens gemeinsam zu lösen. Der andere Weg: Wir versuchen, eine stetige Aufgabenerfüllung des Landes zu gewährleisten. Ich komme auf diese beiden Punkte zurück.

Das erste: Wir müssen die Ressourcen, die wir haben, besser nutzen. Wir lenken und leiten das Land nicht von oben, sondern wir appellieren an die Vernunft der Menschen vor Ort. Wir haben das zum erstenmal bei den Hochschulen gemacht, denen wir eine Fülle von Autonomie in Finanzplanung und Finanzgestaltung gegeben haben - mit dem Ergebnis: Die Verantwortungsbereitschaft dort ist so groß, daß wir uns unter diesen Bedingungen besser stehen als mit zentralen Vorgaben. Denn jeder im Lande weiß, was die Stunde geschlagen hat.

Ein weiteres in dem Zusammenhang: Wir dehnen das jetzt aus, indem wir Budgetierung in den einzelnen Behörden einführen. Das gilt für Kreispolizeibehörden und für andere. Das heißt, wir appellieren auch dort an die Verantwortungsbereitschaft und an die genaue Einsicht vor Ort, wie es da aussieht. Das machen die Behörden gut. Es geht besser, als wenn wir zwingende Vorschriften geben, die vom Land dann kontrolliert und von oben nach unten durchgesetzt werden müssen. (D)

Wir setzen darauf, daß die gesellschaftlichen Kräfte im Lande - und die Gefahr wäre in der Situation, in der wir uns insgesamt befinden, eigentlich groß - nicht gegeneinander streiten und sich zermürben, sondern wir setzen in Nordrhein-Westfalen auf die Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte. Das will ich Ihnen an einigen Beispielen deutlich machen.

Da haben wir die Meistergründungsprämie, die Sie angesprochen haben. Es ist ja nicht falsch, daß da eine Kürzung vorgenommen wird. Aber diese Meistergründungsoffensive hat zu einer Vielzahl von neuen, zusätzlichen Meisterbetrieben geführt, und ihre Beschäftigungswirkung liegt bei etwa 7500 neuen Arbeitsplätzen.

(Bodo Champignon [SPD]: Hört, hört!)

Das ist eine Sache, mit der Nordrhein-Westfalen vorangegangen ist. Andere kupfern das ab. Da kann ich nur sagen: Gutes soll man auch nachahmen.

(Beifall bei der SPD)

(Reinhold Trinius [SPD])

- (A) Aber man soll auch sagen, bei wem man es erfahren hat, wer denn da vorangegangen ist. Das sind wir.

Dann haben wir die Gründungsinitiative für sonstige, junge Unternehmen.

Das Ergebnis dieser beiden - der Meistergründungsprämie und der Gründungsinitiative - führt in Nordrhein-Westfalen dazu, daß wir anders als im Bundesgebiet - West - einen positiven Saldo bei den Unternehmungsgründungen haben. Es geht aufwärts. Das erreichen wir mit einer relativ geringen finanziellen Kraftanstrengung

(Klaus Matthiesen [SPD]: Und einem guten Wirtschaftsminister!)

- und einem guten Wirtschaftsminister.

(Beifall bei der SPD)

Dann zum Ausbildungskonsens, Herr Kollege! Sie haben vom "Killer" und ähnlichem gesprochen. Sie wissen nicht, was Sie sagen. Sie kennen die unterschiedlichen Positionen, die es auf gewerkschaftlicher und auf Unternehmerseite gegeben hat. Sie wissen, daß exportorientierte Unternehmen sagen, sie machten im Ausland die Erfahrung, man brauche eigentlich nicht so auszubilden, wie wir das in Deutschland machten; man könne auch produzieren, indem man die Leute in sechs Wochen anlerne, dann könnten die das auch. Die Gewerkschaften haben dazu andere Positionen.

(B)

Aber in Nordrhein-Westfalen ist es gelungen, die Unternehmer und die gewerkschaftliche Seite in das gemeinsame Ziel einzubinden: Wir wollen eine berufliche Ausbildung in hoher Qualität haben. Und das zweite: Wir wollen alles tun, damit diejenigen, die einen Ausbildungsplatz nachsuchen, auch einen bekommen. Diese gemeinsame Anstrengung wird vom Land in diesem Jahr zusätzlich unterstützt: mit 17 Millionen ausweislich des Haushaltsplans, mit denen das Land noch einspringt.

Gelingt es, die Kräfte dieser Gesellschaft für gemeinsame Ziel zusammenzubinden, auch wenn es legitimerweise widerstreitende Kräfte sind, dann sind wir auf dem besten aller denkbaren Wege. Der Ausbildungskonsens hat seine Wirkung. Daß wir noch eine Ausbildungslücke haben, ist unbestritten. Aber während in den anderen Bundesländern die Zahl der bereitgestellten Ausbildungsplätze zurückgeht, ist sie in Nordrhein-Westfalen

angestiegen. Das ist für mich ein wichtiges Zeichen dafür, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

(C)

Nebenher: Daß der Weg richtig ist, können Sie doch auch den Plakaten der Bundesregierung entnehmen, die jetzt auch plakatiert, man brauche einen Ausbildungskonsens. Ein Jahr später als wir haben die das auch begriffen.

(Bodo Champignon [SPD]: Die brauchen immer etwas länger!)

Ich werfe da nichts vor, sondern ich kann nur sagen: Setzen wir auf den gemeinsamen Erfolg!

Dann haben Sie angesprochen, daß der Wirtschaftsminister sich erlaubt habe, ein paar Reisen zu machen. Sie liegen falsch. Es ist zweierlei, ob Sie einen Aufruf in der Zeitung oder Plakate an den Wänden lesen oder ob Sie als Betriebsratsvorsitzender, als Unternehmensleiter direkt angesprochen werden. Das ist völlig unterschiedlich.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie für das Land etwas Gutes tun wollen, Herr Kollege, dann reisen Sie auch herum,

(Wolfram Kuschke [SPD]: Ob das auch hilft, weiß ich nicht!)

gehen Sie auch hin und sagen: "In Nordrhein-Westfalen wird eine gute Sache gemacht - der Ausbildungskonsens. Wir haben noch nicht erreicht, was wir erreichen wollten, aber bitte, was können Sie denn tun? Wollen Sie sich nicht auch engagieren?"

(D)

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

So führt man diese Gesellschaft zusammen.

Und es ist bei diesen konkreten Kontakten noch mehr herausgekommen: Größere Industriefirmen haben dem Wirtschaftsminister gesagt, sie könnten ausbilden, aber: "Es gibt Hemmnisse, denn im Berufsausbildungsgesetz ist das, was wir machen könnten, überhaupt noch nicht vorgesehen!" Daraufhin haben wir uns entschlossen, alles daranzusetzen, mögliche neue, erforderliche, zukunfts-trächtige Berufsbilder zu entwickeln. Das wiederum tun wir nicht alleine. Und kaum sind sie konzipiert, bieten wir sie im Lande auch schon an, und sie werden nachgefragt. Das heißt: Das Ganze ist nicht nur eine Frage der Quantität - darauf hatten Sie im Zusammenhang mit dem Landeshaushalt hingewiesen -, sondern es ist auch eine Frage der Qualität: Was biete ich an, und wovon verspre-

(Reinhold Trinius [SPD])

- (A) chen sich Jugendliche künftig für sich und ihre Familien eine kräftige Grundlage?

Ich will einen anderen Punkt aufgreifen! Herr Kollege Diegel, Sie müssen sich irgendwann entscheiden: Wollen Sie mehr ausgeben, oder wollen Sie sparen? In dem Zusammenhang komme ich auf das Risikokapital zu sprechen. Ich war ja nun mittendrin in diesem Geschäft und habe erlebt, welche Vorstellungen diesbezüglich auf der CDU-Seite entwickelt wurden. Ich werde doch nie Ihre Forderung, Herr Kollege Diegel, vergessen: Da müssen 60 Millionen öffentliche Mittel - Schotter, bar! - her!

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: 40 Millionen!)

- 40 Millionen. - Wir haben Sie daraufhin gefragt, wo Sie sie denn hernehmen wollen. "Aus dem Wirtschaftsetat?" - "Niemals!" "Aus dem Kulturretat oder aus dem Innenetat, oder wollen Sie die Nettokreditermächtigung erhöhen?" - Schweigen im Lande, keine Antwort!

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Streicht doch bei den GRÜNEN-Spielwiesen!)

- (B) Jetzt haben wir eine Lösung gefunden - die Frage des Risikokapitals ist ja zum Glück viel öffentlich erörtert worden -, bei der sich die Öffentlich-Rechtlichen bereitfinden, einen Risikokapitalfonds zu errichten, bei der sich die Genossenschaftsbanken, Volksbanken, Spardakas und andere bereitfinden, einen solchen Risikokapitalfonds aufzulegen; zusammen sind wir damit schon bei zwei mal 30 Millionen DM. Die Ausgleichsbank ist bereit, mit 30 Millionen DM dabeizusein, und die Privaten sind damit beschäftigt, etwas zu konstruieren, damit auch sie dabei sind.

Inzwischen hat sich das Klima verändert. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, wie man mit wenig Geld etwas bewirken kann. Wir hatten einen bundesweiten Wettbewerb zu dem Thema Gentechnik.

(Lothar Hegemann [CDU]: 20 Jahre zu spät!)

- Sie mit Ihrem Einfachargument "20 Jahre zu spät!", "10 Jahre zu spät!". Wenn Sie keine andere Entschuldigung haben als die, daß uns das, was Ihnen vor 20 Jahren nicht eingefallen ist, vor 30 Jahren hätte einfallen müssen, dann kann ich nur sagen: Gute Nacht!

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ihr ward doch bei der EDV genauso hinterher!)

In diesem Wettbewerb hat das Rheinland eine bundesweit hervorragende Position eingenommen. Wir haben uns daraufhin - niemand wußte es - gefragt, wie es denn mit den Möglichkeiten und Chancen in Westfalen aussieht, und ein Gutachten - wenngleich dies ein bißchen Geld gekostet hat - erstellt. Hinterher sind wir sehr, sehr viel klüger gewesen. Und vor allen Dingen ist eines eingetreten - das haben wir, als wir über Risikokapital redeten, überhaupt noch nicht im Blick gehabt -: Es finden sich Sparkassen - ich will sie Ihnen jetzt nennen: in Bad Oeynhausen, im Kreis Herford sowie die Sparkassen um die Stadt Münster herum, nämlich die entsprechenden Kreissparkassen, und ein Privater -, die bereit sind, Risikofondskapital in einer Größenordnung von 47,5 Millionen DM bereitzustellen. Diese Entwicklung wird auch an vielen anderen Stellen eintreten.

Meine Bitte - Sie haben ja schon einmal über Sparkassenräte usw. geredet -: Sprechen Sie mit denen, öffnen Sie die Herzen und den Sinn für neue Produkte, für neue Märkte und werben Sie für diese Möglichkeiten. Dann kommen wir wesentlich weiter!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich habe, als Sie von der Wirtschaftspolitik sprachen, natürlich noch einmal nachgesehen, ob das denn alles stimmt, was Sie vorgetragen haben. Denn die Förderung der Wirtschaft bildet bei uns einen Schwerpunkt; das habe ich Ihnen eben schon verdeutlicht.

Herr Kollege, das Volumen der Wirtschaftsförderung bleibt ungefähr gleich. Es steigt sogar. Richtig ist aber, daß einen großen Brocken natürlich die zusätzlichen Leistungen für die Kohle in Nordrhein-Westfalen ausmachen. Ich will die Chronik der Kohlepolitik der Bundesregierung nicht noch einmal vortragen, beginnend im November 1991 mit der Zusage, ein Gesetz zu verabschieden. Ein Gesetz wurde verabschiedet, und zwar eines, das die Bundesregierung verpflichtete. Dann wird eine Finanzplanung vorgelegt, in der von dem, wozu das Gesetz die Bundesregierung verpflichtete, überhaupt nicht mehr die Rede ist. Dann war die Bundesregierung verpflichtet, bestimmte Dinge anzumelden. Das hat sie nicht getan. Und dann kommt noch Graf Lambsdorff und verkündet - von der DASA und anderen ist

(C)

(D)

(Reinhold Trinius [SPD])

- (A) bei ihm ja nie die Rede! -: Die Kohleförderung, die muß eigentlich vollständig weg!

(Zuruf von der CDU: Herr Lambsdorff gehört aber nicht der CDU an! - Lothar Hege-
mann [CDU]: Das hat der Busch doch auch
gesagt!)

- Richtig, und damit kommen wir zu einem ganz wichtigen Punkt. Denn hier galt zunächst einmal das gesetzlich Festgelegte. Und da mußten Sie sich mit Ihrem Lambsdorff herumschlagen. Das hat Empörung hervorgerufen. Ich kenne es aus vielen Gesprächen: Sie können mit der IG Bergbau über vieles reden, aber gebrochenes Wort machen die nicht mit!

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Das ist die Ursache für die Empörung! Einen gemeinsam gefundenen Kompromiß, den trägt die IG Bergbau mit.

Ich rechne es dem Kollegen Busch hoch an, daß er trotz seiner Auffassung, der Steinkohle gäbe er keine Chance mehr - ich sehe das ganz anders -, gleichwohl

- (B) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege Trinius, darf ich Sie einmal unterbrechen!?

Reinhold Trinius (SPD): Sofort!.... zu den gefundenen Kompromissen steht. Das ist ein ganz großer Unterschied zu dem, was die Bundesregierung gemacht hat.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Trinius, wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Linssen zulassen?

Reinhold Trinius (SPD): Ja.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte schön!

Dr. Helmut Linssen (CDU): Abgesehen davon, Herr Kollege Trinius, daß, wenn Sie sich heute einmal in der Kohle umhören, alle Beteiligten über den gefundenen Kompromiß sehr glücklich sind,

würden Sie vielleicht in Ihre Betrachtungen auch einmal die sehr allgemeinen Äußerungen des Finanzministers dieses Landes, Herrn Schleußer, einbeziehen, der permanent Subventionsabbau lauthals fördert - fordert.

Reinhold Trinius (SPD): Fordert oder fördert?

Dr. Helmut Linssen (CDU): Fordert!

Reinhold Trinius (SPD): Ja, natürlich! - Aber Sie werden doch immer abwägen müssen, was strukturell geboten ist! Die Kohle gehört dazu!

(Zurufe von der CDU)

Ich will, daß alle Beteiligten den Kompromiß begrüßen.

(Weitere Zurufe von der CDU)

- Herr Kollege, der da gefundene Kompromiß ist für manche Beteiligten ein harter Brocken. Ich habe mir von Elke Talhorst erzählen lassen, wie es in einer Bergarbeiterfamilie tatsächlich aussieht. Die Legenden, die von jenseits des Mains verbreitet werden, daß in der Bundesrepublik jedem Bergarbeiter 100 000 Mark nachgeworfen würden, sind schlichtweg Unsinn!

(Beifall bei der SPD)

In Nordrhein-Westfalen haben wir über das Kindertagesstättengesetz eine hohe Förderung. Kein Land fördert pro Kind so hoch. Soll ich leugnen, daß wir in diesem Bereich in etwas schwierigeres Wasser geraten sind?

(Zuruf von der CDU: Ist in Ordnung!)

Wir haben dazu Vorstellungen entwickelt, und wir werden versuchen, im Konsens mit den Betroffenen zu Lösungen zu kommen. Denn Land und Gemeinden, aber auch die Kirchen stehen angesichts der Steuerentwicklung und der steuerpolitischen Beschlüsse der Bonner Koalition vor riesigen Problemen. Vorhin habe ich Ihnen die Zahlen für das Land Nordrhein-Westfalen genannt; nun werde ich Ihnen - Sie kennen wahrscheinlich die Zahlen der katholischen Kirche im Rheinland - die Zahlen der Evangelischen Kirche von Westfalen nennen. Sie muß von einem Jahr aufs andere einen Einbruch der Kirchensteuereinnahmen von 950 Millionen DM auf 800 Millionen DM verkraften.

(C)

(D)

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege Trinius, darf ich Sie einmal unterbrechen? Möchten Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Linssen zulassen?

Reinhold Trinius (SPD): Ja, wenn er so interessiert ist, will ich das gerne tun.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Kollege Trinius, da Sie sicherlich mit Ihrer Behauptung recht haben, daß wir alle - alle Länder und auch der Bund - vor schwierigen Aufgaben stehen, wie können Sie dann erklären, daß die SPD in Bonn wegen der Wichtigkeit der Familienpolitik vehement mehr Kindergeld fordert, hier aber den Eltern über das Kindergartengesetz in die Tasche greifen will?

(Beifall bei der CDU)

Reinhold Trinius (SPD): Der Beitrag lag fünf Jahre stabil bei 50 DM; das Begehren bei der Beitragserhöhung lautet, aus 50 DM 55 DM zu machen.

(Lachen und Zurufe des Dr. Helmut Linssen [CDU] - Weitere Zurufe von der CDU)

(B)

Dann können Sie das Schritt für Schritt durchgehen.

Nun sagt Kollege Diegel, daß die Bundesregierung vorbildlich spare. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Wir haben uns in Nordrhein-Westfalen beim Wohnungsbau vorgenommen, 27 500 Einheiten pro Jahr zu fördern. Das wollen wir auch einhalten. Wir stellen im Haushalt 1998 2,9 Milliarden DM bereit. Ich empfehle Ihnen einen Blick in die mittelfristige Finanzplanung des Bundes. Darin steht, daß sich der Bund in der Größenordnung von 30 % aus dem sozialen Wohnungsbau zurückziehen wolle. Ein Rückzug aus diesem wichtigen Feld wird uns wahrscheinlich mit mehr als 30 % treffen.

Ich will Ihnen einen weiteren Hinweis geben: Für den Wohnungsbau bekommen wir Darlehen des Bundes. 1998 oder 1999 werden wir mehr Wohnungsbaudarlehen an den Bund zurückzahlen, als wir vom Bund an Darlehen bekommen. Nehmen Sie das in Ihre Überlegungen mit hinein, was die Finanzpolitik und die Vorbildlichkeit des Bundes betrifft.

Ich will auf den öffentlichen Personennahverkehr nicht eingehen, jedoch eine Bemerkung dazu machen. Wenn wir den Arbeitnehmern mehr und mehr zumuten, größere Entfernungen zwischen Wohnung und Arbeitsplatz zurückzulegen, dann gibt es auch eine soziale Verpflichtung, im öffentlichen Personennahverkehr etwas zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Das Land tut da eine ganze Menge.

Ich kann es mir nicht verkneifen, Herr Kollege, Sie wegen der Vorbildlichkeit der Bundesregierung und Theo Waigels auf einen Artikel der "Süddeutschen Zeitung" Ende Mai hinzuweisen. Ich dachte, ich lese einen Krimi. Der Artikel war überschrieben: "Gold her, oder wir schießen!" - Akteure in diesem Krimi sind auf der einen Seite Bundesfinanzminister Theo Waigel und auf der anderen Seite die Deutsche Bundesbank. Was der Bundesfinanzminister in seiner Not vorhatte - wir haben hier über einen Nachtragshaushalt beraten -, lief auf nichts anderes hinaus, als gegen alle Gesetze, gegen die Absprache in Europa den Wert der Goldreserven höher zu veranschlagen - aus gutem Grund wird er niedrig veranschlagt -, um daraus für die Bundeskasse bares Geld zu machen. So wollte er die Löcher stopfen.

Glauben Sie nicht, daß das irgend jemand in der Welt für vorbildlich hält. Dieser Versuch hat dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland weltweit und dem Ansehen des Bundesfinanzministers im Lande außerordentlich geschadet und die Position, die die Bundesregierung immer wieder vertritt, erheblich aufgeweicht.

Ich will noch darauf hinweisen, daß wir eine sehr stetige Arbeitsmarktpolitik machen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Immer weniger!)

Schauen Sie sich die Programme an! Die Bundesregierung hat im Haushalt 1997 die Zuschüsse für die Bundesanstalt für Arbeit auf 4,1 Milliarden DM vermindert, obwohl ihr der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit mitgeteilt hatte, daß mindestens 9 Milliarden DM gebraucht würden, und obwohl die Bundesregierung im Haushaltsjahr 1996 hatte nachschießen müssen. Jetzt muß die Bundesregierung feststellen, daß die Fachleute recht hatten, sie mit den 4,1 Milliarden DM nicht auskommt, sondern 21 Milliarden DM mehr an die Bundesanstalt für Arbeit überweisen muß.

(C)

(D)

(Reinhold Trinius [SPD])

- (A) Vorhin habe ich darauf hingewiesen, daß der Bund im vorigen Jahr 18 Milliarden DM mehr Schulden gemacht hat als vorgesehen. Jetzt spricht der Bund davon, daß er um der Bundesanstalt für Arbeit willen höhere Kredite aufnehmen. Ich will Ihnen die Formulierung vorlesen:

"Die Nettokreditermächtigung 1997 steigt um 17,9 Milliarden DM auf 71,2 Milliarden DM. Die Kreditobergrenze des Artikel 115 GG wird damit um 12 Milliarden DM überschritten. Die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts wird festgestellt."

(Zuruf des Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- Es wird noch interessanter!

Da wird Bezug genommen auf das Gesetz für ein stetiges Wachstum. Sie kennen das "magische Viereck". Zu diesem "magischen Viereck", den Zielen, die erreicht werden sollen, gehören die Preisstabilität, die ausgeglichene Handelsbilanz, stetiges Wachstum und Vollbeschäftigung.

An Vollbeschäftigung fehlt es uns in der Bundesrepublik seit Jahren. Wer in gesamtstaatlicher Verantwortung die Störung des Gleichgewichts feststellt, der mußte das vor drei, vier Jahren tun

(Beifall bei der SPD)

- (B) und der mußte diese Feststellung verknüpfen mit Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, mit Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaftskraft und so weiter und so fort.

(Beifall bei der SPD)

Der mußte außerdem den Konsens suchen - das können Sie einen "Runden Tisch" nennen, Konzertierte Aktion, wie Sie wollen - mit den Gewerkschaften, den Unternehmern, den Ländern und den Gemeinden. Nichts davon ist geschehen!

Die Feststellung des Ungleichgewichts, wie es das Gesetz vorsieht, erfolgt, damit die öffentliche Hand aktiv werden kann, und zwar so, daß sie, um aktiv werden zu können, auch die von der Verfassung gezogene Grenze überschreiten darf. Der Sinn liegt darin: Du darfst die Verfassungsgrenze überschreiten; denn du weist mir ja nach, was du tust, um Wirtschaft und Arbeitsmarkt wieder in Ordnung zu bringen.

Hier liegt ganz etwas anderes vor: Man hat zuerst den Versuch mit - ich nenne es einmal so - diesem "Kriminalstück" in Frankfurt gemacht. Das ist gescheitert. Dann hat man sonstige Versuche unternommen, mit Umbuchungen aller Art, und

hat dann festgestellt, daß man das Loch immer noch nicht gestopft kriegt. Das ist kein Grund, das Ungleichgewicht festzustellen, sondern hier wird das Gesetz mißbraucht, weil man seine haushaltspolitischen Aufgaben nicht erledigt hat. Dann folgt natürlich das Ablenkungsmanöver; dann sagen Sie: An all den Dingen ist der Bundesrat schuld. (C)

Ich will Ihnen folgendes nur kurz in Erinnerung rufen: Den Bundesrat will das Grundgesetz, und das ist auch gut so. Der Bundesrat und der Vermittlungsausschuß sind nicht Sand im Getriebe, sondern sie sind Öl im Getriebe. Wir hätten die Beseitigung ganz bestimmter Lücken, Vergünstigungstatbestände im Steuerrecht ohne den Vermittlungsausschuß gar nicht wegbekommen. Es ist gelungen, im Zusammenhang mit der Unternehmensteuerrechtsänderung bestimmte Tatbestände, wie Mantelkäufe, Verlustvorträge und ähnliches, aus dem Steuerrecht zu eliminieren. Das ist eine Leistung des Vermittlungsausschusses!

Ich will Ihnen auch sagen, weshalb wir ihn brauchen, und Sie brauchen ihn sogar als Bonner Koalition; denn Sie haben es mit einem Koalitionspartner zu tun, der die Pflöcke einschlägt. Der hat ein Blickfeld von etwa 7 oder 8 Grad. Das ist das Blickfeld einer Raubkatze. Die haben, wie die F.D.P., ganz bestimmte Ziele im Auge: Beute. Die haben sie sich der Reihe nach geholt. Dazu gehören die 7,5 Milliarden DM Solidaritätszuschlag, die weg müssen, Gewerbesteuer, die weg muß, Vermögensteuer, die weg muß, und so weiter. Die erreichen punktgenau ihre Ziele. Wenn sie aber gefragt werden, wie das alles denn gedeckt werden soll, dann ist die Antwort der F.D.P.: Und außerdem muß noch ein zusätzliches Entlastungsvolumen von 30 Milliarden DM bei der ganzen Geschichte herauskommen. Das ist schlichtweg unververtretbar! (D)

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen auch ganz genau, daß Sie diese Blockade der F.D.P. - da ist ein ganzes Rad blockiert, und deswegen dreht sich der Karren in Bonn im Kreise, weil das eine Rad nicht mehr mitläuft - nur aufheben können, wenn Sie im Vermittlungsausschuß zu Ergebnissen kommen, die dann die F.D.P. auch schlucken muß.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen! - Ich bin ganz sicher, daß das, was in Nordrhein-Westfalen passiert, von den internationalen Finanzmärkten aufmerksam wahrgenommen wird.

(Reinhold Trinius [SPD])

- (A) Die Chance für Nordrhein-Westfalen unter den Bedingungen der Globalisierung besteht darin, deutlich zu machen, daß es sich lohnt, in einem Lande zu investieren, das für soziale Gerechtigkeit, für Weltoffenheit seiner Menschen steht und das eine solide, verlässliche Haushaltspolitik vorlegt, praktiziert, und zwar dauerhaft seit vielen Jahren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auf staatliches Handeln muß Verlaß sein. Dafür sorgt die Regierung mit dem eingebrachten Entwurf, dafür wird die Koalition sorgen, indem sie diesen Entwurf verabschiedet. Ich gehe in diesem Sinne zuversichtlich in das Jahr 1998 und wünsche dem Land ein herzliches Glückauf!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Bajohr für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Gibt es etwas Sensationelles? Muß ich hierbleiben? - Allgemeine Heiterkeit - Heinz Hardt [CDU]: Die anderen stimmen schon mit Ihnen!)

(B)

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Matthiesen, es wird Zeit, der CDU in Nordrhein-Westfalen einmal recht zu geben.

(Oh-Rufe von der CDU)

Der Generalsekretär der CDU, Herr Kollege Reul, hat ja gesagt - ich zitiere aus der "Welt" -: "Theo Waigel ist offensichtlich von allen guten Geistern verlassen."

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Damit hat er recht.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Herr Reul telefoniert gerade mit ihm! - Heiterkeit bei der SPD)

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Kollege Linssen, hat gesagt: "Waigel schadet uns." Auch damit hat die CDU recht.

Aber, Herr Kollege Linssen, Herr Kollege Reul, zieht die Bundesregierung irgendeine Konsequenz

aus dem, was Sie so sagen? Zieht Helmut Kohl daraus irgendeine Konsequenz? - Leider nicht!

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

"Waigel schadet uns." Das ist das zentrale Problem, Herr Linssen, vor dem Deutschland und vor dem Nordrhein-Westfalen stehen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Die Menschen im Lande spüren sehr genau, daß Sie und Ihre Freunde in Bonn politisch am Ende sind. Alle Umfragen zeigen, daß die nächste Bundesregierung von Rot-Grün gestellt werden wird.

(Lachen und Zurufe bei der CDU)

Einer der Gründe dafür ist, daß es im Bundeshaushalt - der Kollege Trinius hat es bereits angesprochen - mehr neue Schulden als Investitionen gibt. Um dem Vorwurf der Verfassungswidrigkeit zu entgehen, hat die Bundesregierung jetzt die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts verkündet. Damit soll davon abgelenkt werden, daß eigentlich der politische Offenbarungseid fällig wäre.

Die Erwerbslosigkeit erklimmt Monat für Monat neue Rekorde. Ende August waren bundesweit 4,4 Millionen Menschen ohne Arbeit. Deshalb steigen die Sozialversicherungsbeiträge in schwindelerregende Höhen. 42 % sind der vorläufige Höhepunkt. Die Steuereinnahmen bleiben im dritten Jahr hintereinander hinter den Erwartungen zurück. Im Vergleich zur Steuerschätzung vom Mai rechnet die WestLB jetzt mit weiteren bundesweiten Einbußen von 10 Milliarden DM. Mir scheint, daß Sie sich darüber freuen, wenn Sie das dazu nutzen, dem Finanzminister hier vorzuwerfen, der Haushalt sei nicht solide.

Umweltpolitisch ist bei Ihnen auf Bonner Ebene der absolute Stillstand eingetreten. Niemand glaubt mehr daran, daß unter dieser Bundesregierung Deutschland sein Ziel erreichen könnte, im Vergleich zu 1990 in den nächsten acht Jahren 25 bis 30 % weniger Kohlendioxid zu emittieren. Statt dessen will Frau Merkel Atommülltransporte durch Nordrhein-Westfalen nach Ahaus dirigieren, obwohl sie weiß, daß ein solcher Castor-Transport eine Provokation für dieses Land wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN - Herbert Reul [CDU]: Sprechen Sie über den Landeshaushalt!)

- Wir sprechen über die Rahmenbedingungen, unter denen dieser Landeshaushalt stattfindet.

(C)

(D)

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) Das wird erlaubt sein, auch wenn Sie das stört, weil in Bonn alles desolat ist.

Dort ist nämlich beispielsweise das Steuersystem vollständig aus den Fugen geraten, Herr Reul. Trotz nominal hoher Steuersätze zahlen Reiche und große Unternehmen faktisch immer weniger Steuern, und das, obwohl nach Berechnungen der OECD die Unternehmenssteuerbelastung in der Bundesrepublik niedriger als in den Vereinigten Staaten von Amerika ist. Für die Europäische Union hat deren Statistisches Amt jetzt ermittelt, daß die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben in Deutschland unter dem Durchschnitt der EU liegt. Trotzdem nutzen international operierende Konzerne weiterhin jede Steuergestaltungsmöglichkeit, um in europäische oder außereuropäische Steueroasen auszuweichen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Warum wohl? - Weil es hier so niedrig ist?)

Ein Beispiel für viele bietet der Leverkusener Bayer-Konzern. Man braucht da ja nicht sehr weit wegzugehen.

Obwohl sein Gewinn vor Steuern um 2,5 % stieg, schaffte er es, durch Gewinnverlagerungen ins Ausland die Steuerbelastung um 9 % zu senken. Im Endergebnis stieg dann der Nettogewinn um 13 %. Da ist es kein Wunder, daß 85 % der Steuerpflichtigen in einer aktuellen Umfrage erklären, sie hielten dieses Steuerrecht für ungerecht.

(B)

(Lothar Hegemann [CDU]: Ändern Sie es doch mit!)

80 % wissen, daß dieses Steuerrecht die Reichen immer reicher macht und die Armen immer ärmer.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das paßt wieder!)

Nach Jahren der Auszehrung durch unzureichende Steuereinnahmen hat der Finanzminister einen Entwurf vorgelegt, der weitestgehend von Einsparungen diktiert ist. Den größten Ausgabenblock - Herr Kollege Diegel hat das noch etwas schief in seiner Kritik dargestellt - stellen wie auch in anderen Bundesländern die Personalkosten. Allerdings - Sie wollten das vorhin nicht hören; deswegen sage ich es noch einmal - belegen wir in Nordrhein-Westfalen mit Personalkosten von 1 908 DM pro Kopf der Bevölkerung den günstigsten Platz im Ländervergleich. Für uns ist das ein zuverlässiger Indikator dafür, daß die Landesverwaltung effektiv arbeitet.

- (C) Dennoch halten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Strukturreform der Verwaltung für erforderlich, weil es durchaus noch Spielräume für Straffungen und für Einsparungen gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen prüfen, inwieweit Zuständigkeiten gebündelt und Sonderbehörden aufgelöst werden können, inwieweit die Mittelebene umgebaut und mehr Verantwortung vor Ort wahrgenommen werden kann.

(Helmut Diegel [CDU]: Ist das auch die Auffassung Ihres Koalitionspartners?)

1998 weist das Land den Gemeinden im Rahmen des Steuerverbundes 13,4 Milliarden DM zu. Das entspricht einer Zunahme von 7 % und liegt damit deutlich über dem Zuwachs des Landeshaushalts. Außerhalb des Steuerverbundes werden außerdem 8,5 Milliarden DM an die Kommunen gegeben.

Von mehr als zweifelhaftem Nutzen für die Kommunen ist allerdings die in Bonn beschlossene Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer. Ihr Aufkommen stand bisher den Kommunen zu. Ihr Fortfall kommt unserer Meinung nach ausschließlich den großen Unternehmen zugute, die zuletzt noch Gewerbekapitalsteuern entrichtet haben.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwar wurde im Vermittlungsausschuß vereinbart, daß die Kommunen durch einen Anteil von 2,2 Prozentpunkten an der Umsatzsteuer entschädigt werden sollen, aber im Gegensatz zu unserem Finanzministerium sind die kommunalen Spitzenverbände der Auffassung, daß dies nicht ausreicht, um das Wegbrechen der Einnahmen aus der Gewerbekapitalsteuer auszugleichen.

In diesem Zusammenhang muß auch daran erinnert werden, daß die Koalitionspartner vor zwei Jahren vereinbart hatten - ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag -, "eine Gewerbesteuerreform abzulehnen, die die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer zum Ziel hat."

Wir GRÜNEN haben an dieser Position festgehalten. An uns liegt es nicht, daß die Gewerbekapitalsteuer weg ist. In den entscheidenden Verhandlungsrunden sind wir einfach nicht mehr konsultiert worden.

(Heinz Hardt [CDU] an Klaus Matthiesen [SPD]: Was nun?)

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) Wir stehen jetzt vor der zweiten Runde der von Ihnen so genannten "Jahrhundertsteuerreform". Die Bundesregierung, Herr Kollege Linssen, hat ihre Lektion immer noch nicht gelernt. Aus der Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind bei einer Steuerreform folgende Eckpunkte unabdingbar:

Erstens. Eine Einkommen- und Körperschaftsteuerreform muß dem Treiben von Abschreibungskünstlern, Steuervermeidern und Steuerhinterziehern den Boden entziehen. Dazu erforderlich sind die Streichung nahezu sämtlicher Steuervergünstigungen, Steuerverkürzungsmöglichkeiten und der forcierte Ausbau von Betriebsprüfung und Steuerfahndung.

Zweitens. Der Zustand der öffentlichen Finanzen verbietet weitere Einnahmeverluste bei Bund, Ländern und Gemeinden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Klaus Matthiesen [SPD])

Es ist daher kein Raum für weitere Verzichtsleistungen der öffentlichen Hand. Die Reform muß aufkommensneutral ausfallen. Die notwendige Anhebung der kleinen Einkommen und eine Anhebung des Kindergeldes auf 300 DM für alle muß durch eine entsprechende Belastung hoher Einkünfte gegenfinanziert werden.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Jede Steuerreform ohne ökologisch-soziale Komponente bleibt Flickwerk.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen umweltschädigenden Energieverbrauch belasten und den Faktor Arbeit entlasten. Aus dem Aufkommen einer ökologisch-sozialen Steuerreform sollen die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt und Investitionen in Energiesparmaßnahmen sowie in die Förderung und Anwendung regenerativer Energien angestoßen werden.

Ein schwerwiegendes Problem bilden die Schulden des Landes. Allerdings, Kollege Diegel, Sie haben darauf mit einer Zielrichtung und mit Vorwürfen hingewiesen, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN absolut nicht teilen.

(Leo Dautzenberg [CDU]: Dann scheint er richtiggelegen zu haben!)

Die Gesamtschulden des Landes machten zur Jahresmitte 138 Milliarden DM aus. Die Nettoeuverschuldung am Kreditmarkt soll sich 1998 auf 7,5 Milliarden DM belaufen. Um den Schul-

dendienst zu leisten, müssen im kommenden Jahr Steuermittel in Höhe von 8,8 Milliarden DM an Anleger und Kapitalsammelstellen abgeführt werden. Das ist eine Umverteilung von unten nach oben, die wir stoppen wollen.

(Leo Dautzenberg [CDU]: Seien Sie doch froh, daß jemand das Geld zur Verfügung stellt!)

Bei weiter wegbrechenden Steuereinnahmen wird dieser Wille zum Senken der Nettokreditemächtigung allerdings fast unmöglich. In ihrem Marktfundamentalismus haben CDU/CSU und F.D.P. ja nicht nur die Vermögensteuer gestrichen, sondern auch dafür gesorgt, daß jene Steuerarten sinken, die die Unternehmen und die Selbständigen betreffen. Inzwischen tragen die Körperschaftsteuer und die veranlagte Einkommensteuer nur noch mit 5,4 % zum Gesamtsteueraufkommen bei. Das waren vor zehn Jahren noch 12,3 %.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen in den nächsten Wochen prüfen, ob es möglich ist, durch gezielte zusätzliche Sparanstrengungen die Nettoeuverschuldung jedenfalls so weit zu senken, daß sie 1998 nicht höher ausfällt als in diesem Jahr.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ihr wollt doch schon 600 Millionen sparen! Das erzählen Sie seit zwei Jahren!)

(D)

Wie schwierig das ist, zeigt sich daran, daß die Kommunen vom Land noch einen Vorschlag erwarten, der sie davor bewahrt, ab 1998 sämtliche Kosten für den Aufenthalt von Bürgerkriegsflüchtlingen zahlen zu müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wenn ihr die behalten wollt, braucht ihr das bloß zu sagen!)

Hier geht es um eine Summe von immerhin gut 200 Millionen DM, mit der die Kommunen nicht belastet werden möchten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Gemeinden in dieser Situation nicht im Regen stehen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen und Heinz Hardt [CDU]: Oh! Oh!)

Eine Entlastung der finanziellen Situation des Landes können Ökoabgaben bringen. Sie sind, wie es im Koalitionsvertrag heißt, "ein sinnvolles Instrument zur Zurückdrängung ökologisch uner-

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) wünschter Verhaltensweisen und zur Finanzierung ökologisch sinnvoller Investitionen."

(Klaus Matthiesen [SPD]: Jetzt muß ich sehr genau zuhören!)

- Sehr gut, Herr Matthiesen.

Inzwischen liegen der Landesregierung die Gutachten vor, die sie in Auftrag gegeben hatte, um die Auswirkungen bestimmter Ökoabgaben und ihre rechtliche Zulässigkeit zu prüfen. Die Landesregierung wird in den kommenden Monaten die Machbarkeit untersuchen. Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sind darauf vorbereitet, möglichst zeitnah an der Einführung von Ökoabgaben mitzuwirken.

(Klaus Matthiesen [SPD]: An welchen Zeitpunkt denken Sie denn da? - Leo Dautzenberg [CDU]: Nach!)

- Da hängen wir zunächst von der Landesregierung ab. Aber wir denken an 1998, Herr Kollege Matthiesen.

(Volkmar Klein [CDU]: Regierungssprecher Bajohr!)

Dabei ist festzuhalten, daß Ökoabgaben die Wirtschaft nicht zusätzlich belasten sollen. Wegen ihrer Gruppennützigkeit fließen sie ja genau dorthin zurück, wo die Probleme entstehen.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

So könnte zum Beispiel eine Abwärmeabgabe einer ökologischen Energiepolitik des Landes zusätzliche Impulse verleihen. Das scheint uns um so wichtiger, als das Programm zur rationellen Energienutzung im Haushaltsentwurf mit minus 26 Millionen DM doch ziemliche Einbußen erleidet.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Auf 34 Milliarden DM, Herr Kollege Linssen, belaufen sich die Kosten der Massenerwerbslosigkeit allein in Nordrhein-Westfalen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Der Wirtschaftsminister hat das Lokal schon verlassen!)

Die Zahl der Erwerbstätigen ist seit 1992 um 332 000 zurückgegangen. 880 000 Frauen und Männer sind bei den Arbeitsämtern erwerbslos gemeldet, etwa ein Drittel davon sind Langzeiterwerbslose. Gleichzeitig leisteten die

Arbeitnehmer/-innen bundesweit 1,8 Milliarden bezahlte Überstunden. Rein rechnerisch hätten daraus 994 000 Vollzeitarbeitsplätze gestrickt werden können. Einen wesentlichen Beitrag zur Lösung des Problems der Massenerwerbslosigkeit könnten also Arbeitszeitverkürzungen bringen. Wir stimmen dem Vorsitzenden der IG Metall ausdrücklich zu, wenn er die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 32 Stunden fordert.

Auch die Vermehrung existenzsichernder Teilzeitarbeitsplätze kann die Lage am Arbeitsmarkt entspannen. Anstatt aber hieran mitzuwirken, plädiert der Deutsche Industrie- und Handelstag für die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche, bauen Siemens, RWE, Telekom und viele andere trotz ansehnlicher Nettogewinne Stellen ab und empfiehlt der Chefökonom der Deutschen Bank Niedriglöhne. Es gelte, sagt er, von der Vorstellung wegzukommen, daß "jedes einzelne Einkommen unbedingt zum Leben reichen" müsse.

Das sind, meine Damen und Herren von der CDU, Vorschläge von Leuten, die Ihnen politisch weit aus näher stehen als uns. Das sind, wie Günter Grass sagt, die "neuen Asozialen", die "aus der gesellschaftlichen Verantwortung ausgestiegen" sind.

(Zustimmung des Daniel Kreutz [GRÜNE]) (D)

Hier sind Systemveränderer am Werk, die unser politisches System testen: Wie tief können die Löhne fallen, wie hoch kann die Arbeitslosenquote steigen, ehe das ganze System auseinanderfliegt?

Die beherrschenden Trends kann ein Land nicht aus eigener Kraft stoppen. Aber Rot-Grün in NRW setzt zum Beispiel der anhaltenden Pleitewelle etwas entgegen. Bereits im Dezember 1995 wurde die Gründungsoffensive gestartet, um kleine und mittlere Unternehmen ins Leben zu rufen, die eben auch neue Arbeitsplätze bieten. Auf GRÜNEN-Initiative hin ist dieser Offensive ein Zinsverbilligungsprogramm für Existenzgründer/-innen beigegeben worden, und im kommenden Jahr treten der Risikokapitalfonds für Existenzgründer und innovative Produkte ins Leben. Er wird von den Banken und Sparkassen mit 100 Millionen DM ausgestattet, für die das Land als Ausfallbürge eintritt. Parallel dazu finanziert NRW eine Wagniskapitalagentur, die bei der Düsseldorf-Börse angesiedelt wird. Wir erhoffen uns davon, daß junge Unternehmen profitieren, die normalerweise wegen fehlender Sicherheiten nur schwer an Kapital kommen.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) Es ist überaus interessant, Herr Dr. Linssen, daß Sie an diesem Risikokapitalfonds herummäkeln, während der wirtschaftspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion der CDU/CSU ihn ausdrücklich lobt.

Für Arbeitsmarktprogramme werden 836 Millionen DM zur Verfügung stehen. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Programme, die sich denen zuwenden, die ansonsten keine Chance mehr am Arbeitsmarkt haben. Dazu gehört das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe", mit dem wiederum 3 300 Sozialhilfeempfänger/-innen in Arbeit gebracht werden sollen.

Die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN initiierten Sozialen Wirtschaftsbetriebe zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen sind inzwischen sehr gut angelaufen. Bereits im Frühjahr war das diesjährige Fördervolumen überzeichnet. Selbst wir sind von der großen Zahl qualifizierter und kreativer Betriebsgründungen überrascht, die jeden Vergleich mit herkömmlichen Förderungen aus einem anderen Ressort aushalten.

- (B) An dieser Stelle, Herr Kollege Trinius, ein Wort zum Vertrauensschutz! Während der Beratungen zum Haushalt 1996 hatten wir bezüglich der Sozialen Wirtschaftsbetriebe vereinbart, im Laufe der fünf Jahre dieser Wahlperiode 125 Millionen DM zur Verfügung zu stellen. Sie wurden im Haushalt 1996 mit 8 Millionen DM und 1997 wiederum mit 8 Millionen DM ausgestattet, und sie sollen 1998 abermals mit 8 Millionen DM ausgestattet sein. Das sind dann zusammen 24 Millionen DM, und das ist ein aus unserer Sicht zu großer Abstand zu 125 Millionen DM. Im Ergebnis müßte man für 1999 und 2000 jeweils über 50 Millionen DM zur Verfügung stellen, um diese Vereinbarung überhaupt noch einzuhalten. Wir meinen, das muß entzerrt werden, und es muß für 1998 ein dicker Batzen draufgelegt werden.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sie klagen an, ja?)

Zur Sicherung von rund 80 000 Arbeitsplätzen und zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten trägt der Wohnungsbau entscheidend bei. Für das Wohnungsbauprogramm des Landes stehen wiederum fast 3 Milliarden DM zur Verfügung. Damit wollen wir rund 27 000 Sozialwohnungen fördern. Allein durch dieses Programm wird eine von rund 13 Milliarden DM geschaffen und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Nordrhein-Westfalen ein Stück weit gemindert.

Wir stehen heute vor der paradoxen Situation, daß das Bauen selbst immer preiswerter wird, die Immobilien insgesamt aber immer teurer werden. Grund dafür sind die steigenden Baulandpreise. Deshalb hat unserer grüner Bauminister angeregt, für Wertsteigerungen, die allein auf kommunale Planungsentscheidungen zurückgehen, einen Planungswertausgleich zu erheben. 70 % des Wertzuwachses sollen den Kommunen zufließen, damit sie davon notwendige Infrastrukturmaßnahmen finanzieren und das Bauland billiger abgeben können. Inzwischen hat sogar der Bundesbauminister eine Arbeitsgruppe mit der Prüfung dieses unseres Vorschlages beauftragt. Wir gehen davon aus, daß diese Prüfung von unserem Bauminister natürlich intensiv begleitet wird.

Auf GRÜNEN-Initiative gehen auch die Projekte zur modellhaften Förderung neuer Wohnformen für alte Menschen zurück. Damit sollen die Chancen für Pflegebedürftige verbessert werden, ihren Lebensabend in den eigenen vier Wänden zu verbringen. Große Resonanz haben die neu eingerichteten Hilfen für Wohnungslose gefunden. Das entsprechende Programm fördert die bessere Verknüpfung der örtlichen Wohnungs- und Sozialpolitik. Es fördert Wohnprojekte, die Wohnraum für Wohnungslose schaffen, sowie ausgebaute Beratungsangebote.

Wir hoffen, daß davon gerade auch Frauen Gebrauch machen, die nach Angaben des DGB heute schon 20 % der Wohnungslosen in Nordrhein-Westfalen stellen. Häufig leben sie versteckt, in völliger wirtschaftlicher Abhängigkeit von ihrem jeweiligen Obdachgeber, den sie nicht selten mit sexuellen Dienstleistungen entlohnen müssen.

Wohnungslosigkeit, meine Damen und Herren, ist zweifellos der sichtbarste und für viele von uns immer noch der schockierendste Ausdruck von Armut. Menschen, die in Toreinfahrten, auf Parkbänken und unter Brücken nächtigen, sind der schlagendste Beweis dafür, daß der Sozialstaat in seiner heutigen Verfassung versagt.

12 % der westdeutschen Bevölkerung leben mit einem Einkommen von weniger als der Hälfte des Durchschnitts. Sie sind also in der Definition der Sozialpolitiker arm. Um die Armutsfestigkeit der sozialen Sicherung zu verbessern, haben wir mit der SPD vereinbart, Eckpunkte für ein System der sozialen Grundsicherung zu entwickeln. Immerhin waren 1995 in Nordrhein-Westfalen 635 000 Menschen auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen, also auf das, was man gemeinhin

(C)

(D)

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) mit Sozialhilfe gleichsetzt. Die Kommunen mußten dafür die enorme Summe von 5,2 Milliarden DM aufwenden.

Einer der Hauptgründe für das enorme Ausmaß der Armut ist die Massenerwerbslosigkeit. Anstatt den Erwerbslosen Arbeit und Würde zu geben, hat die Bonner Koalition eine schäbige Mißbrauchskampagne gestartet. Sozial Bedürftigen wird anhand von Einzelfällen generell unterstellt, staatliche Leistungen übermäßig auszuschöpfen. Es ist schon bezeichnend, daß solche Vorwürfe, Kollege Diegel, nie erhoben werden, wenn der Steuervermeider und Arbeitsplatzvernichter Siemens Forschungssubventionen einsackt, sondern immer nur dann, wenn Lieschen Müller nicht zugeht, daß sie nebenher auch noch putzen geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei fragt sich, woher nach den massiven Kürzungen sozialer Leistungen überhaupt die finanziellen Massen kommen sollen, die angeblich zu unrecht in Anspruch genommen werden. Schließlich ist die Sozialstaatsquote, also der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt, heute nur genauso hoch wie vor 20 Jahren, und das trotz einer Verdreifachung der Massenerwerbslosigkeit, trotz des Zuzugs von Tausenden mittel- oder Aussiedler/-innen und trotz des Beitritts der DDR mit all den daraus erwachsenen sozialen Problemen.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! In einem der reichsten Länder der Welt ist es neben der Arbeitslosigkeit das größte Armutsrisiko, Kinder zu bekommen. Nach Angaben des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter leben inzwischen 28 % der Ein-Eltern-Familien unterhalb der Armutsgrenze. Auch immer mehr kinderreiche Familien sind von Armut betroffen. Mehr als die Hälfte aller Sozialhilfeempfänger ist jünger als 15 Jahre alt. Der Bezug von Sozialhilfe dauert bei Empfängern mit Kindern doppelt so lang wie bei Kinderlosen.

Diese Kinder haben - wie der Caritasverband kritisiert - keine Gelegenheit, am "Wohlstand und an den soziokulturellen Standards unserer Gesellschaft teilzunehmen." Untersuchungen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zufolge wirkt sich das negativ nicht nur auf die Lebens- und Bildungschancen aus, sondern auch auf den Gesundheitszustand. Kinder aus Armutshaushalten leiden öfter an Immunschwächen, an Allergien und an Störungen des Nervensystems.

Da ist es schon blanker Zynismus, wenn Frau Nolte auf einer Tagung der CDU hier im Landtag erklärt, "erstes Ziel" ihrer Politik sei die "Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Familien." Es fragt sich wirklich, welche Familien die Bundesministerin da im Auge hatte. Möglicherweise dachte sie an die 5 % der Haushalte, denen 30 % des Immobilien- und 40 % des Geldvermögens dieser Republik gehören. Möglicherweise dachte sie an die 36 000 Vermögensmillionäre oder an die 7 300 Einkommensmillionäre, die hier im Land Nordrhein-Westfalen leben. Ihnen greift die CDU ja seit Jahrzehnten mit Steuergesetzen kräftig unter die Arme. Dafür wird dann von der Bundesregierung eine Politik nach unten weitergereicht, an deren Ende Kommunen Freizeiteinrichtungen, Familienbildungsstätten, Jugendzentren, Beratungsstellen, Bibliotheken usw. schließen müssen.

Allerdings müssen wir auch in Nordrhein-Westfalen aufpassen, daß wir nicht selbst Ungerechtigkeiten produzieren. Die Pläne des Sozialministeriums zur Einführung eines Elternbeitrags für das Geschwisterkind und für eine Anhebung der Kindergartenbeiträge insgesamt sind sicher eine Fehlleistung, die so nicht durchgehen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und bei der CDU)

Im Februar stand in der Hamburger Wochenzeitung "Die Zeit" ein Satz, der die Misere unserer Gesellschaft auf den Punkt bringt. Dort hieß es - ich zitiere -:

"Die Zeiten sind vorbei, in denen "Jugend" ein anderes Wort für Zukunft und Hoffnung war."

Dieser Befund ist eine vernichtende Anklage gegen die Politik Ihres Bundeskanzlers,

(Beifall bei den GRÜNEN - Lachen und Zurufe von der CDU)

und er wird durch die Ergebnisse der 12. Shell-Jugendstudie bestätigt: 50 % der Jugendlichen blicken "eher düster" in die Zukunft. 96 % haben Angst, keine Arbeit zu bekommen.

(Zurufe von der CDU)

Das ist kein Ausdruck von Wehleidigkeit, sondern das Ergebnis eines nüchternen Blicks auf die von Ihnen zu verantwortenden Realitäten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

108 000 Jugendliche und junge Erwachsene in Nordrhein-Westfalen sind arbeitslos gemeldet.

(C)

(D)

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) Das entspricht einer Quote von 13,5 %. Damit sind Jugendliche stärker von Erwerbslosigkeit betroffen als andere Altersgruppen. 90 % davon haben keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Ich kann dieses selbstgefällige Gerede vom dualen System und davon, daß uns die ganze Welt darum beneide, nicht mehr hören. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß das duale System am Ende ist, wenn nicht rasch etwas zu seiner Rettung geschieht.

Bundesweit wurden in den letzten fünf Jahren 100 000 Lehrstellen gestrichen. Nicht einmal 30 % der Arbeitgeber bieten überhaupt noch Ausbildungsplätze an. Allein in Nordrhein-Westfalen fehlen zu Beginn des Ausbildungsjahres mehr als 10 000 Lehrstellen. In Sachen Ausbildungsplätze wird, wie die "Süddeutsche Zeitung" richtig feststellte - ich zitiere -, "Klassenkampf betrieben in der scheußlichsten Variante: von oben nach unten und gezielt gegen die Schwächsten".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbst dem sogenannten Zukunftsminister Rüttgers dämmert jetzt, daß für die Lehrstellenkrise allein die Arbeitgeber verantwortlich sind. Aber von der Politik wird erwartet, daß sie nicht um Lehrstellen bettelt, sondern daß sie die Arbeitgeber durch entsprechende Rahmenbedingungen anhält, eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr persönlicher Einsatz, Herr Wirtschaftsminister, in allen Ehren; aber glauben Sie wirklich, daß angesichts dieser Lage der sogenannte Ausbildungskonsens noch trägt? Sie haben gerade einmal 1 400 Lehrstellen bei dieser Bustour eingesammelt, und wir wissen noch nicht einmal, ob das zusätzliche Ausbildungsplätze sind oder solche, die ohnehin noch gekommen wären. Jedenfalls: 1 400 decken das Defizit von 10 000 bei weitem nicht ab. Aus unserer Sicht ist der Ausbildungskonsens gescheitert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir halten an der Entschließung vom September 1995 fest, mit der sich der Landtag für eine Ausbildungsplatzumlage ausgesprochen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern, daß der Deutsche Bundestag endlich seine Hausaufgaben macht, nachdem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Gesetzentwurf zu einer

Ausbildungsplatzumlage eingebracht haben und nachdem auch die SPD auf Bundesebene in diesem Sinne aktiv geworden ist. Wer nicht ausgebildet, soll zahlen. Mit einer einprozentigen Umlage auf den Umsatz der nicht ausbildenden Betriebe könnten bundesweit 43 Milliarden DM mobilisiert werden. Das ist mehr, als 1996 insgesamt für die Berufsausbildung in dieser Republik aufgewendet wurde.

(C)

Einer ostdeutschen Untersuchung zufolge waren unter straffällig gewordenen Jugendlichen 43 % ohne Lehrstelle oder arbeitslos. Das ist eine Zahl, die von der Bundesjugendministerin stammt und die zeigt, wie sehr das Thema Jugendkriminalität mit sozialer Entwurzelung und mit der Verweigerung von Chancen zu tun hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie von der CDU waren in der letzten Woche wieder viel zu schnell dabei, wenn es darum geht, bei Regelverstößen von Kindern und Jugendlichen rigorose Urteile zu fällen. Und Sie sind viel zu still, wenn es um Umweltstraftaten geht, um korrupte Beamte, um Steuerhinterzieher oder um Straßenverkehrsrowdies.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will Ihnen hier deutlich sagen: Ein Erwachsener, der mit 60 Stundenkilometern an einer Schule vorbeirast und dabei den Tod von Kindern in Kauf nimmt, besitzt für mich allemal mehr kriminelle Energie als ein Kind, das im Laden mal etwas mitgehen läßt.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was uns allerdings Sorge macht, sind der Anstieg der Gewaltkriminalität und das Sinken der Hemmschwelle, auch mit Brachialgewalt gegen das jeweilige Opfer vorzugehen. Auch sexualisierte Gewalttaten nehmen in erschreckendem Umfang zu.

Gerade zur Verhinderung weiterer Sexualstraftaten unternimmt die Landesregierung aber erhebliche Anstrengungen. So werden für die Therapie von Sexualstraftätern 75 neue Stellen ausgewiesen. Außerdem werden mit mehr als 2 Millionen DM weitere Maßnahmen finanziert, die dafür sorgen sollen, daß solche Menschen nicht erneut straffällig werden.

Um besonders Kinder und Frauen vor sexualisierter Gewalt zu schützen und ihnen als Opfern Unterstützung zuteil werden zu lassen, haben wir in diesem Jahr Mittel für ein Hilfesystem aus Notrufen für vergewaltigte Frauen und Mädchen, aus

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) Beratungsstellen für Frauenhandelsopfer und aus Zufluchtwohnungen für Zwangsprostituierte bereitgestellt.

Neu in die Förderung aufgenommen hatten wir eine landesweite Anlaufstelle bei organisierter sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Diese Ansätze sind im Entwurf der Landesregierung für 1998 gekürzt oder gestrichen worden.

(Marianne Hürten [GRÜNE]: Unerhört!)

Ich sage hier sehr deutlich: Nur weil Dutroux aus den Schlagzeilen verschwunden ist, werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Schutz von Kindern und Frauen nicht zur Disposition von Einsparungen(?) stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für uns ist klar, daß diese Mittel aus dem Jahre 1997 im kommenden Jahr mindestens erhalten bleiben müssen.

Sehr gut läuft hingegen die Förderung des inzwischen flächendeckenden Netzes von Frauenhäusern. Engpässe in einigen Großstädten und Flächenkreisen hoffen wir in den nächsten Jahren beseitigen zu können.

- (B) Sie sehen, daß wir in Nordrhein-Westfalen einiges tun, um Gewalttaten bereits im Vorfeld zu bekämpfen. Wir nehmen den Opferschutz sehr ernst und wollen die Täter wieder in die Gesellschaft eingliedern. Deshalb ist es schon unverfroren, wenn die CDU die Ursachen für die Kinder- und Jugendkriminalität nicht bei sich, bei der Politik dieser Bundesregierung, zu finden, sondern in der bürgerrechtsverträglichen Rechts- und Innenpolitik in Nordrhein-Westfalen zu orten versucht. Nein, meine Damen und Herren, nicht Nordrhein-Westfalen ist schuld, sondern wir ernten jetzt die faulen Früchte Ihrer verdorbenen Aussaat.

(Widerspruch des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Ihr Bundeskanzler war es, Herr Kollege Linssen, der 1982 die "geistig-moralische Wende" verkündet hat. Ich verstehe, daß Sie das nicht mehr hören können. Worin bestand denn diese "geistig-moralische Wende"? - Sie haben die Solidarität verächtlich gemacht. Sie haben den Men-

schen eingeredet, daß es allein darauf ankomme, sich durchzusetzen.. (C)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das glauben Sie doch selbst nicht! Reden Sie doch nicht so einen Quatsch, Herr Bajohr! Das kann man ja nicht mehr hören!)

Sie haben den gesellschaftlichen Vorrat an gemeinsamen Werten und Überzeugungen so weit schrumpfen lassen, Herr Kollege, daß jenseits des Konsums heute kaum noch etwas davon vorhanden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben mit Ihrer Medienpolitik die Gewalt in die Wohnzimmer getragen,

(Lachen und lebhafter Widerspruch bei der CDU)

und Sie haben den wirtschaftlichen Erfolg zum Maßstab für die Wertschätzung des Individuums umgebogen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Unglaublicher Blödsinn! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Das wollen Sie nicht hören, aber das ist die Wahrheit. Das ist die Konsequenz dessen, was hier seit 1982 betrieben wird. Da brauchen Sie jetzt nicht zu jammern. Hören Sie sich das einmal an! (D)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wer sitzt denn in der Landesanstalt für Rundfunk? Wer regiert denn hier im Lande?)

Die CDU ist dafür verantwortlich, daß die Ellenbogen im Konkurrenzkampf heute gar nicht mehr ausreichen und daß zu viele Kinder und Jugendliche zu schärferen Waffen greifen zu müssen meinen.

(Peter Bensmann [CDU]: Wer kürzt denn den Landesjugendplan? - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Gehen Sie mal weg von Ihrer 68er Mentalität!)

Wer in Lebenszusammenhängen aufwächst, die von Erwerbslosigkeit und Armut, von Mißerfolgen und verwehrten Chancen, von Konsumversprechen, die unerfüllt bleiben müssen, geprägt sind, der entzieht dieser Gesellschaft die Loyalität und flüchtet sich in die Sucht oder die Gewalt oder

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) die Fremdenfeindlichkeit oder, wenn es ganz schlimm kommt, in eine Kombination aus alledem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

15 % aller Kinder und Jugendlichen stehen in der Gefahr zu verwahrlosen. Jedes siebte Kind ist in seiner sozialen Entwicklung eingeschränkt. 5 % zeigen soziale Schädigungen, die sich bei Jungen als Brutalität, bei Mädchen in Depression und Krankheit offenbaren.

Dagegen hilft keine Scharfmacherei, wie sie uns der Bundesjustizminister und die CSU nahelegen und wie auch Sie es in der letzten Woche hier versucht haben. Wer die Gesellschaft vor amerikanischen Verhältnissen bewahren will, der muß die Kinder und Jugendlichen beschützen -

(Peter Bensmann [CDU]: Ja, auch mit mehr Geld für Kindergärten!)

auch vor den Unionsparteien, Kollege Bensmann, die sich seit Jahrzehnten weigern, Gewalt als Mittel der Erziehung auszuschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wer macht denn die Bildungspolitik in diesem Land)

- (B) - Herr Kollege Linssen, das ist Bürgerliches Gesetzbuch; das machen wir nicht im Land, sondern das macht der Bund.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Aber ihr macht die Bildungspolitik!)

Wir in Nordrhein-Westfalen können nicht alle gesellschaftlichen Defizite, die von Ihnen auf Bonner Ebene verursacht werden, ausgleichen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Mein Gott, wie primitiv!)

Wir können uns aber darum bemühen, hier im Land die Voraussetzungen für ein soziales, bürgerrechtsfreundliches und sicheres Zusammenleben zu verbessern. Deshalb wollen wir die polizeiliche Präsenz auf den Straßen verstärken, ortskundige Polizistinnen und Polizisten als Ansprechpartner/-innen in den Stadtteilen verankern, die Polizei und den Justizvollzug auch für Migrant(inn)en öffnen und ihre interkulturelle Kompetenz verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Und bei jeder Razzia machen eure Leute Krach!)

In diesem Zusammenhang werden wir die Mittelausstattung noch thematisieren.

(C)

Ganz wichtig sind auch die Fanprojekte zur Eindämmung und Verhinderung von Ausschreitungen und Gewalttaten in und um Stadien. Hier sind vor allem die Fußballbundesligavereine aufgefordert, noch mehr eigene Ordner einzusetzen. Auf jeden Fall muß Schluß damit sein, daß der präventive Polizeieinsatz in den Stadien aus dem Steuertopf finanziert wird, während hochbezahlte Sportler und Manager ihre Schatullen füllen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Herr Innenminister mag da großzügiger denken,

(Minister Franz-Josef Kniola: Rechtsstaatlicher, Herr Kollege!)

aber für den Haushalt sind wir alle verantwortlich, Herr Kollege Kniola. Da darf es keine Schutz-zonen für bestimmte Gruppen geben.

Überwiegend im Bereich des Jugendstrafrechts haben wir in Nordrhein-Westfalen einen Täter-Opfer-Ausgleich geschaffen. Er ersetzt heute schon in vielen Fällen den Strafprozeß durch eine moderierte Auseinandersetzung des Täters mit seiner Tat und mit dem Opfer. Inzwischen wurde das Modell in elf Projekten auch auf erwachsene Täter übertragen. Aus unserer Sicht reicht der geplante Mittelansatz allerdings nicht aus, um die selbstgesteckten Ziele zu erreichen.

(D)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Dr. Bajohr, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Dr. Linssen?

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Ja gerne, obwohl er mir beim letzten Mal eine verweigert hat, aber ich bin ja nicht so.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön!

Dr. Helmut Linssen (CDU): - Im Gegensatz zu Ihnen hatte ich sieben Minuten, und Sie haben 45 Minuten, Herr Dr. Bajohr; das ist ein Unterschied.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Ich habe auch nur noch 7 Minuten!)

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- (A) Herr Dr. Bajohr, kann es sein, daß die fast totale Abwesenheit der SPD und Ihres Fraktionsvorsitzenden bei Ihrer Rede - der des Sprechers der GRÜNEN - vielleicht ein Kompliment an das Niveau Ihrer Rede ist?

(Beifall bei der CDU)

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Ich denke, das können Sie selber beurteilen, wenn Sie es gerne möchten. Ich glaube, bei Ihnen ist schlicht der Ärger darüber vorhanden, daß hier Dinge aufgedeckt werden, die Sie gerne in Ihrer Arbeit verschweigen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ministerin Anke Brunn: Bei ihm sind auch nicht mehr anwesend!)

Defizite - dies hatte ich versucht zu sagen, ehe der Kollege Linssen eine solche Frage stellte - bestehen leider auch bei der psycho-sozialen Begleitung inhaftierter Menschen und bei der Wiedereingliederung von Haftentlassenen. Für 1998 sind 700 000 DM weniger in den Haushaltsentwurf eingestellt als im laufenden Haushaltsjahr.

- (B) Im Mittelpunkt der Politik sollten dennoch nicht die Polizei, die Gerichte oder die Gefängnisse stehen, sondern die Einrichtungen, die dazu beitragen können, Kinder und Jugendliche vor Konflikten mit dem Gesetz zu bewahren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das beginnt mit einem ausreichenden Angebot von Plätzen für Kinder in Krabbelstuben, Kindergärten und Horten. Wir wollen im kommenden Jahr 10 000 neue Kindergarten- und Hortplätze sowie 500 Plätze für Krabbelkinder fördern. Dafür wird der Mittelansatz um 30 Millionen DM auf gut 1,85 Milliarden DM angehoben. Um eine zuverlässige Betreuung der Grundschulkinder und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu verbessern, haben wir das Programm "Schule von acht bis eins" geschaffen. 1998 werden dafür 6 000 DM pro Schule bereitstehen, und damit können 3 400 Gruppen finanziell unterstützt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, daß das Jahr 1998 Perspektiven für den gemeinsamen Unterricht Behinderter und Nichtbehinderter nicht nur in der Primarstufe, sondern auch in den weiterführenden Schulen aufzeigt. Wir wollen unseren Koalitionspartner davon überzeugen, daß nicht der gemeinsame Unterricht unfinanzierbar ist,

sondern die doppelte Vorhaltung sonderpädagogischer Förderung einerseits in integrativen und andererseits in Sondereinrichtungen.

Unabdingbar ist für uns auch eine Kinder- und Jugendpolitik, die sich vor allem an Kinder in sozialen Brennpunkten richtet. Im Rahmen des Landesjugendplans, der mit 218 Millionen DM ausgestattet wird, stehen auch dafür Mittel bereit. Durch ein Jugendfördergesetz wollen wir den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz absichern, und wir wollen die Schulen zur Kooperation mit der Jugendhilfe verpflichten, weil wir meinen, daß Schulen nicht nur der Wissensvermittlung dienen, sondern sich auch für die Jugendarbeit im weiteren Sinne öffnen sollen.

Wer ausbildet, baut damit auch einen Damm gegen Ignoranz, Intoleranz und Perspektivlosigkeit. Wer ausgebildet wird, ist nicht geschützt gegen Erwerbslosigkeit - aber ein Stück besser gerüstet für das Erwerbsleben. Deshalb werden die Hochschulen weiterhin mit erheblichen Mitteln ausgestattet. Forderungen nach Studiengebühren, wie sie jetzt der Deutsche Industrie- und Handelstag erhoben hat, werden wir auf keinen Fall nachgeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gebührenfreie Studium ist für uns ein Essential bei der Sicherung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Für den Hochschulbau stehen gut 380 Millionen DM zur Verfügung - und das in einer Zeit, in der sich der Bund aus seiner Verantwortung für den Hochschulbau zurückzieht.

Unser Programm zur Personalabsicherung von Existenzgründungen im Hochschulbereich wird auf 4 Millionen DM angehoben. Der weibliche wissenschaftliche Nachwuchs wird auch im kommenden Jahr wieder mit 5 Millionen DM gefördert. Im weiteren Verlauf der Koalition wollen wir die Hochschulen gesellschaftlich öffnen und deren Selbstverwaltung stärken. In diesem Zusammenhang haben wir jetzt den Allgemeinen Studierendenausschüssen ein politisches Mandat gegeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Schwerpunkt zukunftsfähiger Politik ist die wissenschaftliche Forschung. Wir wollen sie stärker auf das Ziel der Bewahrung der Lebensgrundlagen orientieren. Umweltforschung, Sozialverträglichkeit und Technikfolgenabschätzung müssen zu Bestandteilen der wissenschaftlichen Beschäftigung mit neuen Techniken, Medien und

(C)

(D)

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) Materialien werden. Das "Innovationsprogramm Forschung" wird wieder mit 29,4 Millionen DM ausgestattet werden. Damit sollen gezielt interdisziplinäre Zukunftsprojekte gefördert werden, vor allen in den Bereichen "sanfte Chemie", Verkehr und Gesundheit.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf der Landesregierung ist die zutreffende Antwort auf die Schwierigkeiten, unter denen die Landespolitik dank der negativen Rahmenbedingungen arbeiten muß, die aus Bonn kommen. Wie in den Vorjahren entzieht sich die Opposition hier im Landtag einer konstruktiven Mitarbeit: Es ist von ihr nichts gekommen. Bei den letzten Haushaltsberatungen haben Sie meine Damen und Herren von der CDU, durch Abwesenheit gegläntzt. Sie arbeiten nicht mit. Sie verweigern diese Mitarbeit, obwohl wir hoffen würden, daß wir daraus neue, möglicherweise kritische Impulse beziehen könnten. Dies verweigert die Opposition.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden über die Möglichkeit von Veränderungen im einzelnen ---

(Roland Appel [GRÜNE]: Sie verweigern das nicht. Sie wissen einfach nichts!)

- Das mag natürlich auch sein. Ich wollte es nur nicht so negativ formulieren, Kollege Appel.

(B)

(Roland Appel [GRÜNE]: Der Negativität muß man ins Auge blicken, Herr Kollege Bajohr.)

Wir wollen mit dem Koalitionspartner über Veränderungen im einzelnen sprechen, aber schließlich werden wir - so wie es der Kollege Trinius bereits gesagt hat - wie bei den vorangegangenen vier Haushaltsberatungen gemeinsam einen Haushalt verabschieden, der Sparsamkeit mit dem Willen zu Reformen verbindet.

Aus unserer Sicht ergibt sich insgesamt das Fazit: Grün allein wäre sicher noch besser, aber einstweilen ist Rot-Grün auch nicht das Schlechteste.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile Herrn Minister Kniola für die Landesregierung das Wort, der heute Herrn Finanzminister Schleißer vertritt.

(C) Franz-Josef Kniola, Innenminister (in Vertretung des Finanzministers): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Bajohr, ein großes Kompliment an Sie, daß es Ihnen gelungen ist, Ihre Proberede für die Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN hier im Rahmen der Haushaltsdebatte zu halten.

(Beifall bei der CDU)

Das hat mich schon ein bißchen verblüfft. Ich möchte gerne zu den eigentlichen Fragen des Landeshaushalts zurückkommen und damit zu dem, was Herr Kollege Diegel hier angesprochen hat.

Herr Kollege Diegel, Sie haben Ihre Rede mit dem Vorwurf begonnen, das, was Herr Finanzminister Schleißer als Haushaltsentwurf eingebracht habe, sei eine geschönte Vorlage.

(Beifall des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Im Waigelschen Glashaus sitzend haben Sie mit Steinen geworfen.

Ich muß so beginnen, wie Kollege Trinius auch begonnen hat, nämlich mit den Vergleichszahlen, die Sie als Beleg herangezogen haben. Sie haben Zahlen miteinander verglichen, die nicht miteinander vergleichbar sind. Sie wissen ganz genau, daß sich unsere Steigerungsraten auf die Zahlen des Nachtragshaushalts 1997 beziehen. Wenn Sie dann den Vergleich mit den Bundeszahlen oder den Zahlen anderer Länder der Bundesrepublik anstellen, müssen Sie erkennen, daß diese Zahlen jeweils Zahlen sind, die den Nachtrag nicht einbeziehen. Deswegen ist ja auch auf Bundesebene nicht der Nachtrag erst eingebracht und verabschiedet worden, sondern zuerst ist der Haushaltsentwurf 1998 eingebracht worden.

So könnten wir natürlich auch mit dieser Argumentation mit vollem Fug und Recht sagen: Es gibt im Landeshaushalt nur eine Steigerungsrate von 0,7 %. Das würde dann den 0,5 % des Bundes entsprechen.

(Beifall bei der SPD und Beifall des Ewald Groth [GRÜNE])

Herr Kollege Diegel, das ist auch Ihnen bekannt: Man muß ganz genau wissen, daß der Bundesfinanzminister bei der Aufstellung seines Haushalts bei vielen Positionen trickst. So hat er zum Beispiel an vielen Stellen die gesetzlich zugesagte Tilgung des Bundesbahnvermögens ausgesetzt.

(D)

(Minister Franz-Josef Kniola)

- (A) Es gibt keine tragfähige Finanzierung von Großprojekten. Es gibt keine Vorsorge für die geplante Steuerreform. Es gibt keine Vorsorge für die private Vorfinanzierung von Infrastrukturmaßnahmen wie zum Beispiel unserer Rheinquerung der A 44.

Man sieht also, daß er tatsächlich seine Haushaltszahlen in erheblichem Maße geschönt hat.

(Zustimmung des Reinhold Trinius [SPD])

Eigentlich können wir gemeinsam festhalten, daß Heinz Schleußer ein Garant für eine solide Haushaltspolitik ist.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich glaube, daß niemand hier in diesem Hohen Hause die Vorstellung hat, daß Heinz Schleußer die Nettokreditermächtigung mit leichter Hand auf eine Höhe von 7,5 Milliarden DM gehoben hat.

Sie haben versucht, den Anschein zu erwecken, als sei die Ursache für die Ausweisung einer Nettokreditermächtigung in Höhe von 7,5 Milliarden DM ein dramatischer Ausgabenanstieg. Nein, wir alle wissen ganz genau, daß die Ursache für eine so deutlich von der Mittelfristigen Finanzplanung abweichenden und den ursprünglichen Verabredungen zwischen den Koalitionsfraktionen widersprechenden Erhöhung der Nettokreditermächtigung ein deutliches Wegbrechen auf der Einnahmenseite ist.

(B)

Vergleicht man einmal die Zahlen der Steuerschätzung vom November 1995 mit denen, die uns aktuell vorliegen und jetzt Grundlage für die Haushaltsaufstellung sind, stellt man fest: Es fehlen allein 9,1 Milliarden DM. Das ist die entscheidende Ursache dafür, daß wir mehr Kredite aufnehmen müssen, als uns lieb ist.

Herr Diegel, auch wenn es Ihnen nicht passen mag: Dabei ist eine ganz entscheidende Veränderung die negative Entwicklung bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Lassen Sie mich nur einmal die Zahlen der Einkommensteuer vortragen: 1992 hatten wir in Nordrhein-Westfalen bei der veranlagten Einkommensteuer noch ein Aufkommen von 13,3 Milliarden DM. Die Zahlen für 1996 und 1997 können uns noch nicht vorliegen. Diese Zahl ist auf 5,5 Milliarden DM gesunken. Der Landesanteil hat sich entsprechend von 5,6 Milliarden DM auf nur noch 2,2 Milliarden DM entwickelt.

Sie sehen, wo die entscheidenden Ursachen sind, auch wenn Sie eben in Ihrer Rede versucht ha-

ben, dieses wegzudebattieren und wegzudiskutieren. (C)

Ich weiß, daß an diesem Punkt gleich der Hinweis auf die Diskussion um die Steuerreform kommen wird. Dieses Thema haben wir allerdings gleich noch unter dem Tagesordnungspunkt 4. Von daher will ich hier keine weiteren Ausführungen zu diesem Paket machen, sondern das erst im entsprechenden Zusammenhang tun.

Ich möchte gerne einiges ansprechen, was den Landeshaushalt unmittelbar betrifft:

Jahrelang bemängelte die Opposition die angebliche Abnahme der Investitionsausgaben. Im Haushalt 1998 nehmen die Investitionsausgaben um 4,9 % zu. Auch das wird von Ihnen, Herr Diegel, kritisiert. Sie haben richtig vorgetragen, daß diese Zunahme durch eine Zunahme bei den investiven Mitteln im Rahmen des Steuerverbundes verursacht wird. Aber das ist doch kein Trick. Die Investitionsfördermittel werden dort eingesetzt, wo sie einen hohen infrastrukturellen Effekt haben.

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

Das sind die örtlich notwendigen Investitionen der Gemeinden. Im Gegensatz zu Ihrer Behauptung, Herr Diegel, zeigt die Verwendung der Steuermehreinnahmen, daß die Landesregierung die Haushaltsstruktur nachhaltig verbessert. Immerhin wird fast ein Viertel der Mehreinnahmen für Investitionen verwendet. Das ist mit Sicherheit kein mageres Ergebnis. (D)

Herr Diegel, Sie haben sodann die Verpflichtungsermächtigungen angesprochen. Dabei haben Sie jedoch verschwiegen, daß es dort eine deutliche Veränderung im Haushaltsentwurf 1998 gibt, nämlich eine Senkung der Verpflichtungsermächtigungen um 35 %, von knapp 12 Milliarden DM auf 7,8 Milliarden DM.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das hat er gesagt. Das hat er nicht verschwiegen!)

- Dann sollten Sie das wenigstens einmal loben, nicht aber kritisieren.

(Lachen bei der CDU - Reinhold Trinius [SPD]: Sicher.)

Herr Diegel, Sie kritisieren die Höhe der Personalausgabenquote, die im Landeshaushalt 39,6 % beträgt. Der von der Landesregierung festgelegte Zielwert von 40 % wird damit sogar noch knapp unterschritten. Im Flächenländervergleich nimmt Nordrhein-Westfalen eine Spitzenstellung ein.

(Minister Franz-Josef Kniola)

- (A) Unter den alten Flächenländern - ohne Nordrhein-Westfalen - betrug der Anteilswert 40,9 %. Würden wir uns an diesem Wert ausrichten, könnte Nordrhein-Westfalen seine Personalausgaben sogar noch um 900 Millionen DM erhöhen. Das wollen wir allerdings nicht.

Die Begrenzung der Personalausgaben ist ganz wesentlich das Verdienst unserer Organisationsuntersuchungen. In den Jahren 1993 bis 1997 wurden in den Haushalten insgesamt 12 624 kw-Vermerke ausgebracht. Bis zum 30. Juni diesen Jahres sind hiervon 2 991 kw-Vermerke bereits realisiert worden. Weitere 3407 kw-Vermerke haben bereits den Zeitpunkt der Befristung erreicht und stehen somit zur unmittelbaren Realisierung an. Sie sehen: Der Abbau erfolgt kontinuierlich, und er wird mit Nachdruck fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, wenn Sie an dieser Stelle etwas kritisieren, wenn Sie sagen, das mit dem Personalabbau sollte noch schneller gehen, dann wissen Sie ganz genau, daß Sie damit nicht den Bereich der Beamten meinen können. In diesem Bereich geht das nur über das Instrument der kw-Vermerke, über das Freiwerden von Stellen und das Nichtwiederbesetzen freier Stellen.

- (B) Wenn Sie einen schnelleren Abbau wollen - was Sie ja immer behaupten -, dann müssen Sie klar und deutlich sagen: Wir wollen im Bereich von Angestellten und Arbeitern zu einem Instrument greifen, das wir aus sozialer Verantwortung nicht anwenden möchten, nämlich zum Instrument der Kündigung in den Arbeitsmarkt. Da sage ich klar und deutlich: Dieses Instrument werden wir nicht einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß Sie hier ernsthaft eine solche Forderung erheben.

Die Opposition - Herr Diegel, Sie haben das ja wieder behauptet - erhebt den Vorwurf, daß in der Amtszeit von Herrn Finanzminister Heinz Schleußer 10 000 neue Stellen in Nordrhein-Westfalen geschaffen worden seien. Natürlich ist diese Zahl richtig. Herr Kollege Trinius hat dazu ja schon etwas ausgeführt. Sie ist ein Beispiel dafür, wie man sogar mit richtigen Zahlen die Wirklichkeit verzerren kann. Denn Sie, Herr Kollege Diegel, wollen den Eindruck erwecken, wir hätten die Bürokratie um 10 000 Stellen aufgebläht. Da sage ich Ihnen, warum und wo diese 10 000 Stellen entstanden sind.

Ich kann mich noch gut an das Jahr 1989 erinnern. Damals hatten wir einen sehr moderaten Tarifabschluß im öffentlichen Dienst. Zugunsten einer kürzeren Arbeitszeit wurden geringe Lohnsteigerungen vereinbart. Das hatte 1989 und 1990 zur Folge, daß 1570 zusätzliche Stellen geschaffen werden mußten und über 1000 kw-Vermerke gestrichen worden sind. Über diese arbeitsmarktpolitisch sinnvolle und dem Tarifabschluß auch entsprechende Maßnahme, gab es damals in diesem Hause zwischen den Fraktionen keinen Streit.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen auch noch, wo die weiteren Stellen geschaffen worden sind. Wir haben über 2000 Stellen mehr für den Unterricht an unseren Schulen. Wollen Sie die kürzen? Wir haben fast 6000 Stellen mehr an den Hochschulen einschließlich der medizinischen Einrichtungen, gerade auch als Folge dieses Tarifabschlusses. Wir haben fast 3000 Stellen mehr bei der Polizei. Wollen Sie die kürzen, wenn Sie immer davon sprechen, wir hätten zuviel Stellen? Was meinen Sie da eigentlich?

(Beifall bei der SPD)

Das sind doch genau die Bereiche, in denen Sie seit Jahren immer mehr Personal fordern und nicht weniger Personal.

Es wird immer der Anschein erweckt, als wenn es hier eine Verschwendung im Bereich der Bürokratie gäbe, und zwar bei der verwaltenden Bürokratie.

(Zuruf von der CDU: Das ist richtig!)

Das wird von Ihnen immer vorgetragen. Dazu brauche ich Ihnen nur ein paar einfache Vergleichszahlen zu nennen. Es gibt einfache Maßstäbe, nämlich die Stellen im Landesdienst, bezogen auf 100 000 Einwohner. Da hat Nordrhein-Westfalen einen Wert von 1927, Baden-Württemberg einen Wert von 1966, Bayern einen Wert von 2317. Ich vergleiche nur die Länder, die in etwa von der Größenordnung und der Aufgabenstruktur vergleichbar sind.

Interessant ist, wie groß jeweils der Anteil in den Ministerien ist. In Nordrhein-Westfalen entfallen auf 100 000 Einwohner 25,3 Stellen in Ministerien, in Baden-Württemberg 33, in Bayern 37,5.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Hört, hört! Da muß Euch doch die Schamröte ins Gesicht kommen!)

(C)

(D)

(Minister Franz-Josef Kniola)

- (A) Da sieht man doch einmal, wo eigentlich die aufgeblähten Ministerialverwaltungen sind. Ich glaube, wir können überzeugend nachweisen, daß Vorwürfe in Richtung aufgeblähte Ministerialbürokratie völlig neben der Sache liegen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie sprechen ja hier mehrfach das Thema Verwaltungsstrukturreform an, nicht das Thema Verwaltungsreform. Verwaltungsreform im eigentlichen Sinne, wirkliche Entbürokratisierung, geht nur dadurch, daß endlich die Gesetze verändert werden, daß wir nicht durch ein Maß von zusätzlichen europäischen Vorschriften, bundesgesetzlichen Detailregelungen und vielen anderen Regelungen überzogen werden, die am Ende dazu führen ---

(Leo Dautzenberg [CDU]: Auch landesrechtliche Regelungen!)

- Auch landesrechtliche, da gebe ich Ihnen recht. Bei den landesrechtlichen sind wir dabei zu prüfen. Aber wie schwer das ist, will ich Ihnen an einem ganz kleinen Punkt zeigen. Städte und Gemeinden kritisieren ja permanent, daß es ein völlig unnötiger Verwaltungsaufwand ist, angesichts der Leistungsfähigkeit unserer Kreise und kreisfreien Städte, daß Bebauungspläne, die im Rahmen eines genehmigten Flächennutzungsplanes aufgestellt werden, auch noch der Bezirksregierung zur Genehmigung vorgelegt werden müssen.

(B)

Dazu habe ich gesagt: Der Zopf muß abgeschnitten werden. Wir gucken nach und sehen: Das ist durch das Bundesgesetz geregelt. Wir können es gar nicht verändern. Wir haben bei vielen dieser kritisierten Vorschriften - auch der Vorschriften, die Sie immer wieder anführen - genau geprüft, was möglich ist durch unmittelbares Landeshandeln. Da sehen wir, daß durch unmittelbares Landeshandeln wenig möglich ist.

Sie haben nicht zur Verwaltungsreform in diesem Sinne Diskussionsbeiträge geliefert, sondern Sie haben einen Diskussionsbeitrag als CDU-Fraktion zum Thema Verwaltungsstrukturreform geliefert. Sie haben ein eigenes Verwaltungsstrukturmodell vorgelegt; bei dem Sie Behauptungen über fiktive Personaleinsparungen aufgestellt haben, die wirklich jeglicher Grundlage entbehren. Denn es fällt ja nicht eine der Verwaltungsaufgaben zum Beispiel dadurch weg, daß ich das Landesstraßenbauamt vom Landschaftsverband zu einer anderen Behörde verlagere. Die Aufgabe bleibt doch völlig gleich. Das gilt auch für das Landesjugend-

amt oder andere Ämter. Es ist auch nicht die Frage, wo sie jeweils zugeordnet ist. (C)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Minister!

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Eine Sekunde!

Jetzt kommt das Interessante. Ein Punkt ist mir ganz wichtig. Der zuständige Ausschuß hat dazu eine Anhörung durchgeführt. Ich habe selten einen größeren und schlimmeren Verriß eines Vorschlages erlebt als in der Anhörung von Sachverständigen, die hier vom Ausschuß zu Ihren Vorschlägen durchgeführt worden ist. Interessanterweise kamen die größten Verrisse von Ihren eigenen Leuten, weil die nämlich Ahnung von der Sache hatten - beispielsweise Herr Schieberger.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Minister, Herr Kollege Schemmer hat eine Zwischenfrage.

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Bitte.

(D)

Bernhard Schemmer (CDU)*): Herr Minister, Sie haben vorhin angesprochen, daß im neuen Bau- und Raumordnungsgesetz die Anzeigepflicht für Bebauungspläne entfallen könnte. Ist Ihnen bekannt, daß zwar das Gesetz im Bundestag so beschlossen, aber auf Beschluß des Vermittlungsausschusses auf Anregung der SPD-geführten Länder wieder eine Regelung hineingekommen ist, daß unter bestimmten Voraussetzungen die Bebauungspläne nun doch wieder von der Bezirksregierung genehmigt werden müssen?

(Zustimmung bei der CDU - Reinhold Trinius [SPD]: Das verstehe ich nicht!)

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Erst einmal gibt es dazu noch ein laufendes Verfahren. Das muß man einmal festhalten. Zweitens habe ich die gegenwärtig bestehende bundesgesetzliche Regelung beschrieben. Ich hoffe ja, daß wir gemeinsam zu positiven Veränderungen kommen.

(Oh-Rufe und Zustimmung bei der CDU)

(Minister Franz-Josef Kniola)

- (A) Ich habe dies ja von daher als einen Punkt angesprochen, in dem wir bundesgesetzlich gebunden sind.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Minister, Herr Kollege Leifert hat auch eine Frage. Würden Sie sie zulassen?

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Ich würde jetzt gerne fortfahren.

Herr Diegel, Sie haben auch die alte Oppositions-idee des Verkaufs von Landesvermögen wieder in Umlauf gebracht. Es ist bestimmt das fünfte, das siebte oder vielleicht auch das neunte Mal, daß die Opposition mit dem Vermögen den Haushalt sanieren will. Ihr Glück ist: Solange Sie in der Opposition sind, kann sich das Argument nie erschöpfen.

- (B) Aber im Ernst: Vor einem Jahr, vor zwei und vor drei Jahren begnügten Sie sich jeweils mit 500 oder 600 Millionen bzw. mit einer Milliarde DM. Aber jetzt sagen Sie: fünfzig Milliarden! Ich entgegne Ihnen darauf, was Ihnen der Kollege Schleußer schon oft - wenn auch vergeblich - gesagt hat: Wir in Nordrhein-Westfalen bleiben auch dabei solide. Wir veräußern Vermögen, was wir nicht mehr benötigen, zu günstigen Bedingungen, aber wir verschleudern es nicht. Wir setzen Erlöse zur dauerhaften Haushaltsentlastung ein, aber wir veranschlagen und verfrühstücken kein Geld, das wir noch nicht haben. Deshalb sind unsere Ansätze realistisch und werden erreicht. Ihre Zahlen sind reine Phantasiezahlen.

Meine Damen und Herren, dann ist von Herrn Diegel ein anderer Punkt angesprochen worden, der mich so, wie er ihn zur Sprache brachte, wirklich schmerzt hat. Das betraf die Frage der Ausbildungsplätze. Herr Kollege Diegel, an dieser Stelle haben Sie etwas tricky argumentiert.

(Widerspruch bei der CDU)

Sie haben hier mit Zahlen argumentiert, wie sie tatsächlich nie besetzt waren. Wichtig ist aber: Wie viele besetzten Ausbildungsplätze hat es denn gegeben?

(Oh! und Lachen bei der CDU - Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU])

- Ich trage einmal vor, und dann können Sie ja versuchen, ob Sie Gegenargumente haben. 1996 hatten wir 6487 besetzte Ausbildungsplätze im

Landeshaushalt. 1997 waren es 6736. Das ist (C) kein Weniger, sondern ein deutliches Mehr.

Daß wir weniger Plätze besetzt hatten, als wir im Soll stehen hatten, liegt schlicht und einfach daran, daß es eine Fülle von Ausbildungsplatzangeboten gibt, für die auch in der gegenwärtigen Ausbildungsmarktsituation keine Nachfrage besteht. Das muß man schlicht und einfach feststellen. Dies betrifft vor allem den medizinischen Bereich an Hochschulen und Vergleichbares. Daher ist die Veränderung in den Sollzahlen völlig uninteressant. Der entscheidende Punkt ist, daß es die klare, deutliche Zusage der Landesregierung gibt, daß die Besetzung von Ausbildungsplätzen im Landesdienst nicht daran scheitern wird, daß irgendwo eine Meisterstelle fehlt oder daß Sachmittel oder Vergleichbares fehlen.

Vielmehr sagen wir ganz klar und deutlich - und das ist die Verpflichtung, die die einzelnen Ressorts übernommen haben -: Wir werden unsere Ausbildungsplatzzahlen weiter steigern in den Bereichen, in denen es nicht um Verwaltungsausbildungen geht, für die wir anschließend keine Verwendungsmöglichkeiten haben. Das muß man ja sehen. Wir reden über die Ausbildungsplätze, die auch eine Chance außerhalb des Landesdienstes haben. Nur die sind der entscheidende Maßstab. (D)

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das stimmt aber bei den Altenpflegern auch nicht!)

- Ach, Herr Kollege, Sie wissen doch ganz genau, daß niemand erwarten kann,

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: 5000 Plätze!)

daß man eine Ausbildung vornimmt, wenn nachweislich anschließend keine Einstellungschancen vorhanden sind.

(Widerspruch des Hermann-Josef Arentz [CDU] und weiterer Abgeordneter der CDU)

Meine Damen und Herren! Ihnen ist wohl in diesem Zusammenhang bei der Durchsicht des Landeshaushalts 1998 entgangen, daß eine neue Titelgruppe für den von allen im Lande getragenen Ausbildungskonsens mit einem Betrag von 20,9 Millionen DM eingerichtet worden ist. Zusammen mit den übrigen Fördermitteln für die berufliche Aus- und Weiterbildung sind für das kommende Jahr beim Wirtschaftsminister 96,9 Millionen DM veranschlagt. Dies bedeutet eine Erhöhung der Mittel gegenüber dem Vorjahr.

(Minister Franz-Josef Kniola)

- (A) Sie sehen, wir versuchen, das zu tun, was wir im Bereich der Ausbildungsplätze tun können und tun müssen. Ich hoffe, daß wir uns darüber einig sind.

Zum Schluß Ihrer Rede, Herr Kollege Diegel ---

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: War er immer noch besser als Sie jetzt!)

- Ach, Sie sind parteilich. Deswegen nehme ich Ihren Zwischenruf nicht ernst.

(Heiterkeit)

Zum Schluß Ihrer Rede haben Sie davon gesprochen, daß ja doch zu befürchten sei, daß die Steuerschätzung, die im November 1997 vorgenommen wird, wieder eine deutliche Einnahmekorrektur nach unten ergeben würde.

Herr Diegel, ich kann nur sagen: Wir haben den Haushalt auf der Basis der vorliegenden Daten aufgestellt. Aus heutiger Einschätzung stellt der Steueransatz 1998 kein Haushaltsrisiko dar. Die Steuern steigen gegenüber 1997 um 3,4 % und liegen damit unter der voraussichtlichen Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts.

- (B) Auch aufgrund der Steuereinnahmeentwicklung im bisherigen Jahresverlauf ist ein Risiko nicht auszumachen. Zwar nahmen die Steuereinnahmen im ersten Halbjahr um 2,4 % ab, jedoch wird mit einer spürbaren Verbesserung im zweiten Halbjahr gerechnet werden können. Hier werden insbesondere Mehreinnahmen aus der angehobenen Grunderwerbsteuer und der Erbschaftsteuer erwartet werden können. Insofern besteht begründete Aussicht, daß der Haushaltsansatz 1997 mit einer Zuwachsrate von 1,8 % erreicht werden kann.

Im übrigen zeigt ein Bund-Länder-Vergleich den vorsichtigen und zurückhaltenden Steueransatz des Landes. Nordrhein-Westfalen hat dem Haushalt eine niedrigere Steigerungsrate zugrunde gelegt als alle anderen Länder und auch der Bund. Die durchschnittliche Zuwachsrate der Flächenländer ohne Nordrhein-Westfalen liegt bei 3,3 %, die des Bundes bei 2,1 % und die des Landes bei nur 1,8 %.

Auf der anderen Seite hat Nordrhein-Westfalen im bisherigen Jahresverlauf noch die geringsten Steuereinträge zu verzeichnen. In den Flächenländern ohne Nordrhein-Westfalen betrug die Abnahme der Steuereinnahmen 4,1 % und beim Bund ebenfalls 4,1 %, beim Land NRW hingegen nur 2,4 %.

Insgesamt bleibt festzustellen, daß aus jetziger Sicht die Steuereinsätze 1997 und 1998 als solide bezeichnet werden können. (C)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Minister, Herr Abgeordneter Dr. Linssen hat eine Zwischenfrage.

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Bitte!

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön!

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Minister, sind Sie bereit, bei Abweichen der November-Steuerschätzung von der Mai-Schätzung diese dann entgegen der letztjährigen Übung noch in die Haushaltsberatungen für 1998 hineinzubringen?

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Herr Dr. Linssen, die Landesregierung hat ihren Haushaltsentwurf vorgelegt. Jetzt ist es Aufgabe des Parlaments, diesen Haushalt zu beraten. Sie sind im Beratungsverfahren frei. Das muß ich betonen. (D)

Insgesamt bleibt nach dem, was Herr Diegel hier für die Opposition vorgetragen hat, festzuhalten: Mal wieder haben wir sehr viel heiße Luft gehört, mal wieder haben wir kaum Sachargumente zum Haushalt gehört. Ich bin gespannt, ob Sie sich anders verhalten als im letzten Jahr, als Sie es bei der heißen Luft belassen und keinen einzigen Sachantrag zum Haushalt gestellt haben. Das war der schlechteste Beitrag, den Sie bisher zur Haushaltspolitik geleistet haben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und des Roland Appel [GRÜNE])

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Diegel noch einmal das Wort.

Helmut Diegel (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da Herr Innenminister Kniola hier einige Zahlen in die Welt geworfen hat, die

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) sachlich jeglicher Basis entbehren bzw. falsch sind, ist es meine Pflicht, sie richtigzustellen

(Beifall bei der CDU)

und den Herrn Innenminister und das Parlament mit den korrekten Zahlen zu konfrontieren.

Zunächst einmal, Herr Innenminister, haben Sie behauptet, die von mir vorgetragenen Zahlen bezüglich des Ausgabevolumens des Bundes wären nicht auf der Basis des Nachtrags des Bundes für 1997 aufgebaut.

Das ist falsch. Ich trage Ihnen aus der Drucksache 601/97 des Bundesrates die entsprechende Zusammenstellung der Zahlen vor: Das ist der Ausgaben 1996 betrug 455,6 Milliarden DM und die Steigerungsrate damit 2,6 %. Für den 1997er Soll-Betrag mit Nachtrag, Herr Innenminister, kommen wir auf eine Steigerungsrate von 0,7 %, nämlich bei 458,6 Milliarden DM; und genau daran ist die jeweilige Steigerungsrate in dem von Herrn Waigel eingebrachten Entwurf für 1998 ausgerichtet, wenn dort 461 Milliarden DM und infolge dessen eine Steigerungsrate von 0,5 % vorgesehen sind. Ich weiß nicht, woher das, was Sie hier dargelegt haben, stammt.

- (B) Zweitens! Sie haben erklärt, der Bund wäre auf dem Feld der Straßenverkehrsplanung, insbesondere bei der Frage der A 44, nicht aktiv geworden.

(Minister Franz-Josef Kniola: Das habe ich nicht gesagt!)

In der "Rheinische Post" von heute heißt es dazu wortwörtlich:

"Die A 44 gehört zu den bundesweit 12 privat vorfinanzierten Straßenbauprojekten. Sie ist das erste Vorhaben dieser Art in Nordrhein-Westfalen."

Mit anderen Worten: Wir haben von seiten des Bundes alles Notwendige dafür getan.

(Minister Franz-Josef Kniola: Aber keine Finanzgrundlage geschaffen!)

Drittens! Sie haben das Thema Einkommensteuer angesprochen und versucht, den Finanzminister so darzustellen, als ob er das gleiche sagen würde wie wir.

Tatsächlich beobachten wir folgendes: In den Ausschüssen kommt er mit solchen Zitaten, wie

Sie sie hier heute angebracht haben. Aber nach außen entwickelt der Herr Finanzminister mit dem GRÜNEN Bajohr eine Neiddebatte in unserer Gesellschaft, die jeder Beschreibung spottet.

(Beifall bei der CDU)

Der Finanzminister weiß selber sehr viel besser, daß es ein Ziel der Steuerreform ist, die Steuerschlupflöcher zu schließen, also genau die Löcher, die es uns ermöglichen, damit zusammenhängende Problemstellungen nicht anpacken zu müssen. Wir wollen diese Problemstellungen anpacken, und wir sind diejenigen, die eine Steuerreform anbieten; aber Sie tun nichts anderes als zu blockieren, und das tun Sie mit Ihrer Mehrheit im Bundesrat zur Genüge.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wir verhüten Schlimmeres!)

Sie haben das Thema "Personal" aufgegriffen. Was Ihre Konzepte zum Personalabbau angeht, Herr Innenminister, ist es ein mageres Ergebnis, wenn Sie hier Zahlen vorbringen, die nicht stimmen. Herr Trinius sprach von 3 000 Stellen. In Wirklichkeit - lesen Sie es in den entsprechenden Ausschußberichten nach - sind es noch nicht einmal 2 000 Stellen.

(Reinhold Trinius [SPD]: 2991!)

Unter dem Strich aber stellen wir fest: Seit 1989 gibt es in diesem Lande 10 000 Stellen mehr. Dieser Zahl können Sie nicht widersprechen.

(Reinhold Trinius [SPD]: Die haben Sie doch auch gewollt!)

Als Beispiel dafür, Herr Trinius, wie Sie Personalpolitik gestalten, ist die Beförderung eines Abgeordneten anzuführen, eines Abgeordneten, der zum Leiter des Arbeitsstabes Aufgabenkritik gemacht worden ist,

(Zurufe von der CDU: Hört! Hört!)

nämlich die des Ex-Kollegen Herrn Frechen. Das Ihnen sicherlich nahestehende Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete in seiner Ausgabe vom 1. September ausführlich zu Recht darüber.

Das Problem ist nur: Niemand von uns kann genau einschätzen, ob es eigentlich rechtens ist, daß dieser Ex-Kollege nach wie vor sein Mandat im Kreistag beibehält. Ich frage mich, warum die

(C)

(D)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Landesregierung eine dementsprechende Dringliche Anfrage verhindern will.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Die Landesregierung? Das ist eine Unverschämtheit! Darüber entscheidet das Präsidium selbständig!)

- Gut, dann das Präsidium. Jedenfalls hat das Parlament, Herr Matthiesen, ein Recht darauf, daß diese Frage gestellt und beantwortet wird.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Sie sind ein Diffamierungskünstler! - Weitere Zurufe)

Herr Matthiesen, ich kann die Frage gerne jetzt stellen, und vielleicht können wir sie auch hier beantworten.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Sie müssen vom Präsidium wegen Ihrer Unverschämtheit zurechtgewiesen werden!)

Ich nehme Ihre Einlassung auf und stelle die Frage. Die Frage lautet: Durch welche organisatorischen Maßnahmen und Dienstanweisungen wurde innerhalb der Landesregierung festgelegt, daß die Fachaufsicht über den Arbeitsstab "Aufgabenkritik" ausschließlich beim Landeskabinett liegt?

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Weil es nicht kompatibel ist!)

(B)

Diese Frage gilt es zu beantworten, und ich bin gespannt, wie wir uns in der weiteren Debatte bewegen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und noch einmal zu der Frage der Auszubildenden kommen. Schade, daß der Herr Wirtschaftsminister weg ist. Ich finde es peinlich, daß man in diesem Lande bei den Auszubildenden sparen will. Es gibt genug andere Beispiele und insbesondere genug andere teurere Stellen, an denen man sparen kann. Dieser Versuch wird jedoch hier erst gar nicht unternommen, sondern es soll bei den billigsten Kräften gespart werden, bei den Jugendlichen, für die der Herr Wirtschaftsminister laut in der Gesellschaft und den Betrieben einfordert, daß sie eingestellt werden sollen.

(Reinhold Trinius [SPD]: Hören Sie denn nicht zu? Das ist gerade dargelegt worden!)

- Herr Trinius, ich appelliere an Sie als Politiker, der wie wir alle eine Vorbildfunktion haben soll. (C)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Da strengen Sie sich einmal an, junger Mann! - Unruhe - Glocke)

Wenn die Landesregierung bei der Offensive für neue Ausbildungsstellen ernstgenommen werden will,

(Zurufe - Unruhe - Glocke)

muß sie selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

(Reinhold Trinius [SPD]: Tausend mehr als im Vorjahr! - Beifall bei der CDU)

Den Ratschlag, den Sie, Herr Kniola, mir gegeben haben, ich sollte einmal soviel reisen wie Herr Clement, möchte ich gar nicht aufnehmen. Das Parlament und insbesondere die Landesregierung muß handeln!

(Beifall bei der CDU)

Viel treffender als ich hat die "Frankfurter Allgemeine" Ihre Konzepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschrieben.

(Roland Appel [GRÜNE]: Es ist nicht schwer, das besser zu machen als Sie!)

- Sie hat nämlich auf David Gow, Redakteur beim Londoner "Guardian", verwiesen. Man sollte vielleicht einmal auf die eine oder andere Stimme des Auslandes hören, Herr Ministerpräsident. Dort werden die Sozialdemokraten bezüglich ihrer Konzepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wie folgt beschrieben - ich zitiere -: (D)

"Wann immer sich ein Problem wie beispielsweise die Arbeitslosigkeit stellt, warten deutsche Sozialdemokraten mit den Rezepten der Vergangenheit auf. Sie geben öffentliche Gelder mit beiden Händen aus."

(Brigitte Schumann [GRÜNE]: Vor allen Dingen im Bund!)

Das sind nicht unsere Konzepte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Wir haben morgen eine Fragestunde, und ich glaube, daß alle Abgeordneten die Regeln für die Genehmigung

(Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

- (A) von Dringlichen Fragen kennen. Ansonsten verweise ich noch einmal auf die Geschäftsordnung, in der das ganz genau steht.

[Dr. Helmut Linssen [CDU]: Nee, nee! Wir können in der ersten Lesung ansprechen, was wir wollen!]

Es mußte klargestellt werden, daß es eine Frage der Geschäftsordnung ist, wer über Fragen entscheidet.

[Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das ist doch längst geklärt!]

Ich erteile als nächstem Redner Herrn Kollegen Walsken von der SPD-Fraktion das Wort.

Ernst-Martin Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe lange überlegt, ob es Sinn macht, dem Kollegen Diegel zu antworten. Ich würde seine Bemerkung von der Vorbildhaftigkeit des Parlamentes sehr gerne aufgreifen und sie an der eigenen Glaubwürdigkeit, Herr Kollege Diegel, messen. Ich kann mich erinnern, daß ich in der vorletzten Finanzausschußsitzung von Ihnen beleidigt worden bin; das hat zu einer Rüge geführt.

- (B) [Dr. Helmut Linssen [CDU]: Och!]

- Ja, ja.

In der letzten Finanzausschußsitzung haben Sie einen Beamten des Landes beleidigt. Heute haben Sie Minister Clement beleidigt. Das wollte ich zum Thema Vorbildhaftigkeit der Politik und von Politikern sagen. Denn dazu gehört auch gutes persönliches Benehmen - so glaube ich - und Solidarität in der Argumentation.

Ich will ein zweites Beispiel nennen: Sie haben bemängelt, daß wir Ausbildungsplätze in der Landesverwaltung nicht ausreichend besetzen. Sie wissen, was Herr Minister Kniola vorgetragen hat, daß wir ausreichend Stellen ausgewiesen haben, aber am Markt nicht genügend Nachfrage vorhanden war. Sie sind nämlich bei der entsprechenden Beratung des Unterausschusses "Personal" dabei gewesen, als wir mit der Landesregierung über diesen Fakt geredet haben.

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

Ich frage mich, ob es auch nicht zur Vorbildhaftigkeit von Politikern gehört, daß sie im Parlament nicht wider besseres Wissen anders reden, als sie

- es im Ausschuß gehört haben, also die Fakten kennen. (C)

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

Ich kann mich entsinnen, daß Sie nach der Ausschußberatung, in der ich das Argument eingeführt habe, daß wir darüber nachdenken müßten, was wir verbessern könnten, noch zur mir gekommen sind. Das wäre der richtige Ansatz gewesen sagten Sie, und ich wäre froh, wenn Sie heute konstruktiv daran angeknüpft hätten, um gemeinsam eine Lösung zu finden. Denn Sie wissen, ja auch, daß entsprechende Überlegungen im Gang sind.

Die Vertreterin des Wirtschaftsministeriums hat im Unterausschuß sehr gut ausgeführt, daß die Ausbildungsgänge, die wir anbieten, nicht geeignet sind, junge Menschen dafür zu interessieren, bei uns tätig zu werden. Wir müssen überlegen, andere Ausbildungsgänge anzubieten, damit wir unserer Verpflichtung, mehr auszubilden, auch nachkommen können. Vor dieser Aufgabe stehen wir.

Ich finde es nicht fair und Ihrem Wissensstand nicht angemessen, wenn Sie der Landesregierung und der Mehrheit des Parlamentes vorwerfen, daß wir nicht genug ausbilden würden. Seien Sie bitte ehrlich, bleiben Sie bei den Fakten und Ihrem Kenntnisstand, und werfen Sie keine Nebelkerzen! (D)

(Beifall bei der SPD)

Sie tun das leider auch bei anderen Themen. Ich greife die Steuerreform als ein Beispiel heraus. Sie reden von den Schlupflöchern, die gestopft werden sollen. Ich muß Sie zunächst einmal fragen: Wer hat die Schlupflöcher in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren überhaupt geschaffen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben sie geschaffen! Jetzt kommen Sie auf Knieen zu uns Sozialdemokraten und sagen: Helft uns doch, die Schlupflöcher zu schließen, die wir geschaffen haben.

Das ist Ihre Situation, vor der Sie stehen. Ich kann Sie ja verstehen. Allerdings muß ich Sie einmal konkret fragen: Welche Schlupflöcher meinen Sie denn eigentlich? Hier sind Schlupflöcher von Herrn Kniola angesprochen worden. Minister Kniola hat gesagt: Ein Schlupfloch ist es, daß Unternehmen ihre Gewinne nicht in Deutschland versteuern, sondern hier Verluste produzieren und ihre Gewinne ins Ausland transferieren.

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) Dieses Schlupfloch wird von Ihnen mitnichten gestopft. Sie haben gar keine Ankündigung gemacht, dieses Schlupfloch stopfen zu wollen, weil Sie gar nicht in der Lage sind, das zu tun, weil es nämlich ein europäisches Problem und kein bundesdeutsches Problem ist. Das einzige, was Sie anbieten, ist beispielsweise, bei den Energiekonzernen die Rücklagen für Kernkraftwerke aufzulösen. Das ist auch ganz gut; dafür kriegen Sie auch Einvernehmen mit uns. Insofern gibt es keine Probleme.

Das sind allerdings keine großen Schlupflöcher. Das sind Dinge, die sich im normalen Geschäft der Unternehmenspolitik der letzten Jahre ergeben haben, an die wir herangehen müssen, die wir in der Tat ändern müssen. Aber die eigentlichen Schlupflöcher bestehen zwischen Inlandsgewinnen und Auslandstöchtern, und dieses Schlupfloch stopfen Sie mit keiner Silbe.

Versuchen Sie deshalb nicht, hier den Eindruck zu erwecken, als wären Sie ernsthaft an diesen Problemen interessiert. Daran sind Sie nicht interessiert. Sie sind daran interessiert, das zu lassen, wie es ist. Bleiben Sie also auch hier bei den Tatsachen, und wecken Sie keine falschen Eindrücke!

- (B) Sie versuchen bei den Personalkosten dauernd, den Vergleich zu 1989 heranzuziehen. Hier ist mehrfach gesagt worden, daß wir 1989/90 die große Diskussion hatten, die Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst in zusätzliche Planstellen umzusetzen. Herr Minister Kniola hat gesagt, es wäre einstimmig hier im Parlament beschlossen worden. Das stimmt. Aber ich kann mich noch gut entsinnen: In den Beratungen hat die CDU erklärt, daß sie mit dem Maß der Umsetzung durch uns nicht einverstanden sei; wir müßten viel mehr tun, als wir in Wirklichkeit getan haben. Lesen Sie die Protokolle nach, und dann fragen Sie sich einmal, ob nicht wir die klugen Leute gewesen sind, die in den letzten Jahren verhindert haben, Ihren Anträgen nachzugehen, wodurch der Personalsockel noch weiter gestiegen wäre, und dafür gesorgt haben, daß er nur so gestiegen ist, wie wir es heute Gott sei Dank noch bewältigen können.

Sie selbst sind so unglaublich mit Ihrer Politik in den letzten zehn Jahren in diesem Hause gewesen, daß ich mich wirklich frage: Machen Sie endlich einmal eine Korrektur, kommen Sie endlich einmal mit konkreten konstruktiven Vorschlägen, oder weinen Sie der Vergangenheit und den

verpaßten Chancen nach? Oder machen Sie in jeder Haushaltsberatung einen anderen Hackenschlag, einmal nach rechts, einmal nach links, wie es gerade paßt? Ich bitte Sie: Seien Sie sachlich und solide, und sagen Sie, wenn Ausgaben reduziert werden sollen, wo sie auch nach Ihrer Meinung reduziert werden sollten.

Wenn Sie über konsumtive Ausgaben sprechen, tun Sie hier so, als würden wir den Menschen Kaviar geben, wo auch Streichkäse ausreicht. Was aber konsumtive Ausgaben sind, was dahintersteht, das sagen Sie hier mit keinem Wort. Kollege Trinius hat es versucht darzustellen: Daß alle Ausgaben im Kindergartenbereich, alle Ausgaben im Rahmen des Landesjugendplanes, daß alle Ausgaben für die Lehrer, für die Jugendlichen dieses Landes, daß alle Ausgaben im Hochschulbereich für das Studium der Menschen konsumtive Ausgaben sind, erwähnen Sie mit keinem Wort.

Wenn Sie also beklagen, daß die konsumtiven Ausgaben zu hoch sind, dann sagen Sie doch endlich einmal, wo sie reduziert werden sollen! Machen Sie doch einmal einen konkreten Vorschlag!

(Helmut Diegel [CDU]: Sie reagieren ja nie!)

- Wunderbar, Kollege Diegel! Ich nehme Ihr letztes Wort aus Ihrer Vorrede auf. Ihr letztes Wort war: Sie bieten an, mit uns zusammen die Probleme zu lösen. Dann sagen Sie doch einmal, wo Sie das Problem lösen wollen! Wenn wir dann darüber reden, dann sagen Sie: Wer regiert denn hier eigentlich? Das ist die Ernsthaftigkeit, mit der Sie hier in einen Dialog mit uns einsteigen wollen, wie wir die Probleme auf dem Finanzsektor gelöst kriegen. Sie haben keinen Vorschlag. Unser Vorschlag liegt auf dem Tisch: Das ist der Haushaltsplan.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie können sich über diesen Haushaltsplan hier zerfetzen; aber Sie können sich auch einmal damit beschäftigen, falls Sie das in diesem Jahr tun wollen. Voriges Jahr hatten Sie ja Probleme mit dem Haushalt; da waren Sie gar nicht bereit, in eine Sachdebatte einzusteigen. In diesem Jahr haben Sie die einmalige Chance, wieder bei der Beratung mitzumachen und konstruktive Vorschläge zu machen, wie Sie die Finanzlage dieses Landes in den Griff kriegen wollen.

Ich bin gespannt, was dabei herauskommt - außer daß die Finanzpolitiker beklagen, der Ausga-

(C)

(D)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) benanstieg sei zu groß, die konsumtiven Ausgaben müßten reduziert werden, und daß dann die Fachpolitiker in allen Ausschüssen genau das Gegenteil von dem sagen, was Sie hier vollmundig erklären, und daß Sie von Ihren eigenen Fachpolitikern ad absurdum geführt werden. Ich fürchte, daß die CDU zwischen der Möglichkeit, fachpolitisch kurzfristig durch Schaumschlägerei Publicity zu erzielen, und einer soliden Finanzpolitik wieder hin- und hereiert und in Wirklichkeit keine klare Linie hat. Sie sind uns den Nachweis einer klaren Linie in diesem Parlament noch schuldig geblieben. Das fängt damit an, daß Sie voriges Jahr nicht beraten haben. In diesem Jahr haben Sie die Chance. Vielleicht versuchen Sie, eine klare Linie in Ihre Beratungen hineinzubringen und dann auch wirklich ernsthaft an den Problemlösungen teilzunehmen.

Ihre Bemerkung zum Kollegen Frechen läßt mich allerdings zweifeln, ob Sie bereit und in der Lage sind, sachlich-konstruktiv zu arbeiten. Ich sage Ihnen nur: Herr Kollege Frechen hat sich durch seine gesamte Arbeit, die er geleistet hat, für diese Position, die er jetzt innehat, hervorragend qualifiziert - genauso, wie sich Herr Kollege Twenhöven von der CDU hervorragend qualifiziert hat, um Regierungspräsident in Münster zu werden.

(B)

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Ich finde, es ist anerkennenswert, daß man auch unter Kollegen so etwas einmal sagen kann. Es schadet ein wenig dem Stil der Zusammenarbeit unter uns insgesamt und auch dem Ansehen dieses Parlamentes, wenn wir nicht in der Lage sind, über Kollegen sachgemäß zu debattieren. Ich finde, da ist ein bißchen Gleichbehandlung notwendig.

Ich danke Ihnen sehr herzlich, daß Sie zugehört haben, und wünsche, daß wir konstruktive Beratungen über den Haushaltsplan bekommen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Dr. Busch das Wort.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da haben wir ja am Schluß der Debatte, Herr Diegel, noch einen richtigen rhetorischen Höhepunkt er-

lebt: daß Sie nämlich auf den Vorhalt, daß hier von Ihnen keine konkreten Vorschläge auf den Tisch kommen, obwohl Sie dazu 45 Minuten Zeit hatten, einfach die Gegenfrage stellen: Wer regiert denn hier? Das ist wirklich hilflos und entwaffnend! An der Stelle könnte man eigentlich die Debatte beenden;

(C)

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

denn das heißt ja eigentlich: Regieren Sie doch weiter! Wir brauchen Vorschläge nicht zu machen. Das ist Ihre Oppositionspolitik! Ich sage Ihnen nur: Da waren wir besser!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere mich noch sehr gut daran.

Sie haben die Vorbildhaftigkeit der Politik unter dem Stichwort "Transparenz" eingefordert. Transparent liefert dieser Haushalt, indem er auf globale Minderausgaben verzichtet. Das hat mich echt vom Hocker gerissen, daß Sie das nun als hinterlistiges Täuschungsmanöver charakterisiert haben, daß in diesem Haushalt keine globalen Minderausgaben stehen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Nein!)

- Das hat er getan! Das kann man im Protokoll nachlesen.

(D)

Da frage ich mich: Hätten Sie denn nicht wenigstens mit dieser Kritik bis zu einem Nachtragshaushalt warten können, der dann irgendwann einmal kommt, der möglicherweise globale Minderausgaben enthält? Wir wissen ja, wie schwierig es ist, im laufenden Haushaltsvollzug konkrete Einsparungen titelscharf zu bringen. Aber das jetzt, also im September 1997, als Pauschalkritik hier vorzubringen, ist wirklich ein starkes Stück. Das entwertet Ihre Kritik.

Außerdem sind Sie mit keinem Wort darauf eingegangen, daß in Bonn eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erkannt worden ist. Wenn aber diese Störung dort herrscht, so kann sie nicht nur im Raumschiff Bonn herrschen, sondern Sie muß dann bundesweit gelten. Dann dürften Sie eigentlich Ihre Kritik hier überhaupt nicht vorbringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn nämlich das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist, dann ist es logisch, daß die Kreditaufnahme höher als die Investitionen sein darf. Man kann nicht beides gleichzeitig vertre-

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE])

- (A) ten. Eine Antwort auf diesen Sachverhalt sind Sie uns schuldig geblieben.

Wir haben einen historischen Tiefstand in der Unternehmensbesteuerung. Dann können doch die Steuern nicht Ursache für irgendeine Investitions- oder Produktionsschwäche und damit für die Schwäche bei der Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik sein. Wir haben in der Tat - das kann man im Finanzbericht des Landes nachlesen - ein Absinken der Steuerquote von 26 auf 23 %. Ein Absinken um drei Prozentpunkte ist gewaltig. Dabei handelt es sich um zweistellige Milliardenbeträge. Sie gehen darüber aber achtlos hinweg.

Beim Bürger kommt diese Steuerentlastung natürlich gar nicht an, weil gleichzeitig die Abgabenbelastung, also die Sozialversicherungsbeitragsbelastung, um mindestens eben diesen Prozentsatz angestiegen ist. Es wäre schön gewesen, einmal von Ihnen eine ehrliche Antwort auf die Frage zu hören, woran das liegt. Das liegt unter anderem an der systemwidrigen Belastung der Sozialversicherung durch die Kosten der deutschen Einheit. Das erwähnen Sie mit keinem Wort. Dies hat aber Ihre Bundesregierung zu verantworten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Sie haben gefragt, wer in einem Land investierte, in dem die GRÜNEN Koalitionspartner seien. Sehen Sie nach Hessen, dann bekommen Sie darauf eine deftige Antwort. Nordrhein-Westfalen ist im Länderfinanzausgleich Nettozahlerland. Also so schlecht kann es uns steuerlich gesehen hier nicht gehen. Schon gar nicht liegt das an den GRÜNEN. Wir stehen für Innovation, wir stehen dafür, neue Impulse zu geben. Wir sind sicher, daß das in der jetzigen Phase der Bundesrepublik entscheidend wichtig ist. Sie stehen leider im Bremserhäuschen. Das ist auch Ihr Problem. Deshalb bekommen Sie politisch auch nichts zustande.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine letzte Bemerkung zu den kreativen Lösungen, die man von Ihnen leider nicht gehört hat und die man bei Ihnen vermißt. Kreative Lösungen sind solche, die zielorientiert sind, die die richtigen Adressaten haben und versuchen, einen Mißstand zu beseitigen. Dazu gehört für uns die solidarische Ausbildungsplatzfinanzierung, also genau die Betriebe zu treffen, die nicht ausbilden, zugunsten derjenigen, die ausbilden. Es geht also um eine Umverteilung innerhalb des Unterneh-

mensbereiches, von der etliche im Unternehmensbereich, die heute schon ausbilden, profitierten. Deswegen gibt es nicht das, was Sie immer behaupten, also eine pauschale Ablehnung der Ausbildungsplatzumlage in der Wirtschaft. Das ist völlig falsch. Es gibt vielmehr große Bereiche, die durch den heutigen Mißstand belastet sind, und solche, die davon profitieren, insbesondere Industrie-Großunternehmen. (C)

Das wollen wir systematisch angehen. Wir wissen, daß auch viele in der SPD dieser Meinung sind. Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen entsprechenden Entwurf eingebracht. Es gibt dazu auch einen mit überwältigender Mehrheit gefaßten Bundesparteitagsbeschluß der SPD. Daran werden wir weiter arbeiten. Wir hoffen, daß wir in dieser Richtung weiterkommen, weil wir nur so dieses Problem in den Griff bekommen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein zweites Beispiel für kreative Lösungen sind die Ökoabgaben. Weil die Landeseinnahmen und insbesondere die Steuereinnahmen so knapp sind, weil wir mit immer neuen Rückgängen zu rechnen haben, müssen wir ökologische Mißstände eben anders angehen, indem wir den landespolitischen und landesrechtlichen Spielraum ausnutzen und hier innovativ tätig werden und auf diese Weise auch die Richtigen belasten, nämlich diejenigen, die zum Beispiel Abwärme ungenutzt abgeben, und diejenigen, die eben Land versiegeln und so weiter. (D)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Was heißt "und so weiter"?)

Das sind klare Beispiele, wie man trotz der heutigen Einnahmeschwäche der öffentlichen Haushalte konkrete Umweltverbesserungen erreichen kann und gleichzeitig zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft. Das ist unser Beitrag zu dieser Debatte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile Herrn Minister Kniola für die Landesregierung das Wort.

Franz-Josef Kniola, Innenminister (in Vertretung des Finanzministers): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst noch einmal zwei Bemerkungen zu Herrn Kollegen Diegel.

(Minister Franz-Josef Kniola)

- (A) Herr Kollege Diegel, Sie haben Herrn Kollegen Trinius vorgeworfen, er hätte mit 3 000 realisierten kw-Vermerken die falsche Zahl angegeben. Ich habe vorhin hier ganz korrekt die Zahl bis zum 30.06. mit 2 991 wiedergegeben. Wenn Sie aber, nachdem ich das vorgetragen habe, zwei Minuten später an dieses Pult kommen und sagen, die Zahl sei 2 000, dann sitzen Sie entweder auf Ihren Ohren oder Sie wollen ganz bewußt falsche Zahlen in die Welt setzen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

- Ich habe Ihnen doch die korrekte Zahl vorgetragen. Sie müssen nicht immer in Papieren blättern, die offensichtlich nicht mehr auf dem letzten Stand sind.

Nun zu der zweiten Bemerkung: Wenn Sie, nachdem ich vorgetragen habe, wir hätten die tatsächliche Zahl der Ausbildungsplätze im Landesdienst von 1996 auf 1997 um 351 erhöht, sagen, wir hätten einen Abbau betrieben, dann muß ich entgegen, daß Sie hier bewußt die Wahrheit verfälschen wollen. Das ist Ihre Zielrichtung.

(Hans Peter Lindlar [CDU] meldet sich zu Wort)

- (B) Herr Kollege Diegel, ich habe mich nicht für das Präsidium des Landtages zu äußern. Deswegen steht mir auch keine Bemerkung zu dem zu, was Sie zur Zulassung von Fragen gesagt haben. Aber weil Sie das entgegen den Regeln des Parlamentes hier so eingeführt haben, will ich Ihnen auch eine Antwort geben, damit nichts im Raum bleibt.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Meine Damen und Herren, Sie wissen ganz genau, daß die Landesregierung - es geht um den AStA und die Besetzung einer Stelle durch den Kollegen Frechen in diesem Zusammenhang - die Errichtung des Arbeitsstabes "Aufgabenkritik" bereits am 15. August 1989 beschlossen hat. Der Arbeitsstab "Aufgabenkritik" der Landesregierung ist gemäß Kabinettsbeschuß dem Finanzminister angegliedert, arbeitet - ebenfalls entsprechend diesem Beschuß der Landesregierung - fachlich jedoch weisungsfrei. Auf der Grundlage dieses Kabinettsbeschlusses hat der Finanzminister mit Erlaß vom 25.09.1989 außerhalb der Linienorganisation den Arbeitsstab "Aufgabenkritik" organisatorisch eingerichtet. Der Arbeitsstab hat am 1. Oktober 1989 seine Arbeit aufgenommen mit Beschußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 9. Dezember 1991 -

vielleicht haben Sie sogar daran mitgewirkt, Herr Diegel - in Verbindung mit der Vorlage des Unterausschusses "Personal" vom 3. Dezember 1991, beraten und beschlossen in der 47. Sitzung des Landtages, wurde die Landesregierung gebeten sicherzustellen, daß Organisationsuntersuchungen ausschließlich durch den Arbeitsstab "Aufgabenkritik" in Abstimmung mit dem jeweiligen Ressort vergeben werden.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Minister Kniola.

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Die Landesregierung hat dem Beschuß des Landtags mit ihrem Kabinettsbeschuß vom 18. Februar 1992 Rechnung getragen. In diesem heißt es ---

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Kollege Lindlar möchte eine Frage stellen.

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Ich will erst im Gesamtzusammenhang vortragen.

Präsident Ulrich Schmidt: Sie sagen Bescheid. Ja.

Franz-Josef Kniola, Innenminister: In dem Beschuß heißt es:

"Abweichend vom Kabinettsbeschuß vom 15. August 1989 vergibt der Arbeitsstab Aufgabenkritik Organisationsuntersuchungen im Einvernehmen mit dem zuständigen Fachressort. Wenn keine Verständigung erzielt wird, entscheidet das Kabinett. Gegenstand der Untersuchung können auch Strukturuntersuchungen im Bereich der Zweckkritik sein. Der Arbeitsstab Aufgabenkritik wertet die Untersuchungen in Abstimmung mit den Fachressorts aus und legt seine Vorschläge der Landesregierung vor."

Über diesen Beschuß ist der Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags am 18. März 1992 unterrichtet worden.

Das bedeutet für den konkreten Fall, daß die rein dienstrechtliche Verknüpfung des AStA mit dem Finanzministerium lediglich ein formales Element ist, das ungeeignet ist, für Angehörige des AStA die Unvereinbarkeit infolge einer Mitgliedschaft in

(Minister Franz-Josef Kniola)

- (A) Gemeinderat oder Kreistag nach § 13 Abs. 1 Satz 1 c) des Kommunalwahlgesetzes herzustellen. Deshalb gibt es auch - anders als der "Spiegel" behauptet hat - keinen entsprechenden Gesetzentwurf.

(Beifall des Klaus Matthiesen, des Reinhold Trinius und des Jürgen Thulke [SPD])

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Innenminister Kniola.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Beratungsblock I - Haushalt - liegen mir nicht vor. Ich schließe diesen Beratungsblock.

Wir kommen zur **Abstimmung** über die **Überweisung** des Haushaltsgesetzes und der Finanzplanung **Drucksachen 12/2400 und 12/2401**. Der Ältestenrat empfiehlt uns die Überweisung an den **Haushalts- und Finanzausschuß** - federführend - und an die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanter Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuß unter Beteiligung seines **Unterausschusses "Personal"** erfolgt. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Überweisung ist einstimmig **beschlossen**.

(B)

Ich rufe auf:

II. Gemeindefinanzierungsgesetz

Ich erteile zunächst für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Leifert das Wort. - Bitte schön.

Albert Leifert (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Finanzlage der Kommunen, insbesondere der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, ist dramatisch, teilweise katastrophal.

135 Städte und Gemeinden in unserem Lande - das sind mehr als ein Drittel - stehen unter Kuratel des sogenannten Haushaltssicherungskonzeptes. Sie haben keinerlei finanziellen Spielraum mehr. Für ein Drittel aller Städte und Gemeinden wird kommunale Selbstverwaltung zur Farce. Freie Entscheidungen der Räte zu Priorität und Gestaltung kommunaler Aufgaben gibt es nicht mehr. In einem Drittel aller Städte und Gemeinden entscheidet letztlich die Landesaufsicht, was geschehen darf und was nicht. Regierungsprä-

sidenten werden mächtiger als Stadträte, Bürgermeister und Oberbürgermeister.

(C)

Das sind die katastrophalen kommunalen Tatsachen in Nordrhein-Westfalen am 10. September 1997. Vor diesem Hintergrund ist auch der vorliegende Gesetzentwurf zum GFG 1998 zu betrachten.

Trotz aller Lippenbekenntnisse, die finanzielle Last der Kommunen zu mindern, trotz aller Propaganda in Wort, Schrift und Bild - tatsächliche zusätzliche Hilfen werden den Kommunen durch das Land nicht zuteil. Im Gegenteil! Rein staatliche Aufgaben werden den Städten und Gemeinden vom Land übertragen. Von den entstehenden Kosten übernimmt aber das Land nur einen Teil, und auch das nur, wenn es von den obersten Gerichten unseres Landes dazu gezwungen wird. Beispiele sind die Erstattung der Kosten für Bosnien-Flüchtlinge, die unzureichende Pauschale für Versorgung, Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und die nur unzureichende Kostenerstattungsfrist für Asylbewerber bis zu vier Monate nach dem rechtskräftigen Ablehnungsbescheid.

Meine Damen und Herren, auch das stetige Schwarze-Peter-Spiel zwischen Bund und Land hilft den Gemeinden in diesen Fragen in keiner Weise. Die Kommunen sind nicht verantwortlich, müssen aber einen erheblichen Teil der Kosten tragen. Das kann so nicht weitergehen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Auch im Bundesrat und im Vermittlungsausschuß sorgt der Finanzminister des Landes gemeinsam mit anderen Landesfinanzministern letztlich nur für die eigenen Landesinteressen und nicht für die Interessen der Städte und Gemeinden.

Für den Wegfall der Gewerbesteuer auf Druck des Landesfinanzministers und seiner Kollegen um 7 Prozentpunkte erhöht. 220 Millionen DM Gewerbesteuerumlage fließen zusätzlich in die Kassen der Länder. Das Ganze geschieht wegen angeblicher Mehreinnahmen der Kommunen durch Auflösung von Rückstellungen in Betrieben. Rückstellungen, meine Damen und Herren, werden jedoch nur einmal aufgelöst. Das Ganze hätte zumindest mit einer festen Frist versehen werden